



Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet

DIVSI magazin

DEZEMBER 2014

MdB Thomas Jarzombek

Darum ist der Begriff Netzpolitik überholt

Aufräumen mit einem
Irrglauben: Es gibt keine
Bereiche, die von der
Digitalisierung nicht
betroffen sind

Daten – Ware und Währung

**Neue DIVSI Studie zeigt:
Jeder Dritte würde für
Datenschutz zahlen**

Intensive Projektarbeit

**Der „Digitale Kodex“
startet in die
zweite Phase**





Inhalt

3 Editorial

4 Netzpolitik? Es lebe die Digitalisierungspolitik!

Keine Bereiche, die von der Digitalisierung nicht betroffen sind

SCHWERPUNKT „INSIDE DIVSI“

8 Internet – Mehr als ein Info-Medium

Öffentliche DIVSI-Vorlesung in der Universität Hamburg

10 Der „Digitale Kodex“: Start in die zweite Phase

Im Mittelpunkt stehen die Brennpunktt Themen „Recht auf Vergessenwerden“ und „Big Data“

14 Daten – Ware und Währung

DIVSI Studie vorgestellt:

- Kostenlose Angebote bevorzugt
- Jeder Dritte würde für Datenschutz zahlen

17 Leadership in der digitalen Welt

Intensive Dialoge mit Vorständen und Geschäftsführern von Wirtschaftsunternehmen

20 Die Smarte Stadt

Auf der Suche nach einem ganzheitlichen multidimensionalen Konzept

24 Sicherheit in Relation zum Aufwand sehen

Digitale Realpolitik für die Cloud-Gesellschaft, Teil 2

26 Your Net – DIVSI Convention 2015

Bundesweiter Jugendkongress zur Zukunft der digitalen Welt

27 Aktuelle Bücher

Impressum

Herausgeber:

Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)
Matthias Kammer, Direktor
Mittelweg 110B
20149 Hamburg

Chefredaktion:

Jürgen Selonke (V.i.S.d.P.)

Autoren: Afia Asafu-Adjei, Thomas Jarzombek, Willi Kaczorowski, Dr. Philipp S. Müller, Philipp Otto, Peter Paschek, Michael Schneider

Realisierung:

Lohrengel Mediendesign
Schulterblatt 58
20357 Hamburg

Verbreitete Auflage:

ca. 7.500 Exemplare, Abgabe kostenlos

Titel: Tobias Koch

Haben Sie Fragen oder wünschen weitere Informationen?

Web: www.divsi.de
E-Mail: info@divsi.de

Anfragen DIVSI magazin:

Michael Schneider,
Leitung Kommunikation
Tel.: + 49 40 226 369 895
E-Mail: michael.schneider@divsi.de
E-Mail: presse@divsi.de

Wissenschaftliche Leitung:

Joanna Schmözl
Tel.: + 49 40 226 369 896
E-Mail: wissenschaft@divsi.de



Eine engagierte Jugend, eine gewachsene Netzpolitik und aktuelle Studien

Flüsterpropaganda ist ein Phänomen der besonderen Art. Erstaunlich, wie schnell sich manches herumspricht: „Sag mal, ihr macht doch im nächsten Frühsommer, also, dieses große Meeting, diesen Internet-Kongress für junge Menschen...!“ Wir haben bereits zahlreiche Anfragen dieser Art beantworten dürfen. Dabei wird die Aktion erst mit Erscheinen dieses letzten Magazins im Jahr 2014 offiziell.

Ja, wir machen. „Your Net – DIVSI Convention 2015“ ist der offizielle Titel. Es wird ein bundesweiter Jugendkongress zur Zukunft der digitalen Welt. Save the date: Hamburg, 18./19. Juni. Was genau geplant ist, wer mitmachen darf, was vorbereitet wird – Infos auf S. 26 von der neuen DIVSI-Kollegin Afia Asafu-Adjei.

Vielleicht entwickeln die jungen Teilnehmer dann auch Ideen dazu, wie die Smarte Stadt von morgen aussehen könnte. Willi Kaczorowski, Strategieberater für digitale Verwaltung und Politik, hat sich schon jetzt darüber Gedanken gemacht. Von smarterer Bildung bis zur smarten Pflege reichen seine Vorschläge. Utopia? Bilden Sie sich Ihre Meinung (ab S. 20). Oder die „Your Net“-Teilnehmer diskutieren über grundsätzliche Gedanken, wie sie MdB Thomas Jarzombek in der Titelstory äußert: „Es lebe die Digitalisierungspolitik!“ Ansichten und Einsichten eines Experten, die reichlich Material für kontroverse Diskussionen bieten dürften (S. 4).

Peter Paschek hat in den letzten Monaten intensive Dialoge mit Vorständen und Geschäftsführern von Wirtschaftsunternehmen geführt. Seine Interviews bilden die Basis für eine geplante DIVSI Studie über „Leadership in der digitalen Welt“. Erste Ergebnisse und Erkenntnisse vorab in diesem Heft (S. 17).

Bereits vorgelegt wurde gerade eine andere DIVSI-Untersuchung: „Daten –

Ware und Währung“. Entstanden ist sie in Zusammenarbeit mit dimap. Michael Schneider, Kommunikationschef von DIVSI, präsentiert die Fakten (S. 14).

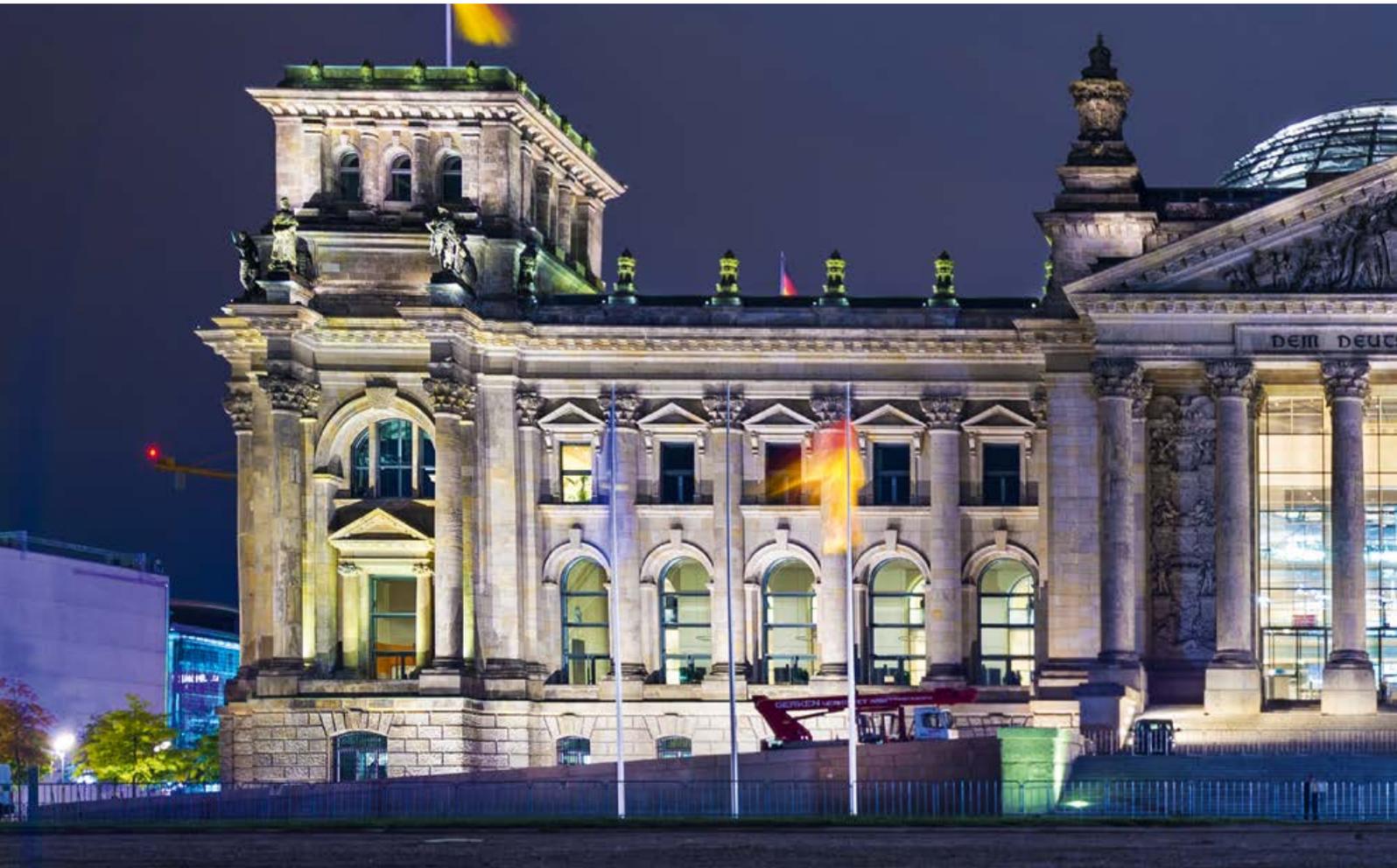
Um die Sorge vor Mobbing-Angriffen, um das Internet als Kreativraum und um das Unrechtsempfinden etwa beim Herunterladen von Musik ging es bei einer Vorlesung in der Uni Hamburg. Die DIVSI-Damen Meike Demattio und Joanna Schmözl referierten und diskutierten auf der Basis der U 25-Studie mit einem fachkundig-interessierten Publikum. In der Tendenz herrschte Einigkeit: Das Internet ist mehr als ein Info-Medium (S. 8).

Dr. Philipp Müller hat sich bereits im Herbst-Magazin mit der digitalen Realpolitik für unsere Cloud-Gesellschaft beschäftigt. Im zweiten Teil seines Beitrags fordert er u.a.: Sicherheit immer in Relation zum Aufwand sehen (S. 24).

Um grundsätzliche Fragen der Netz-Sicherheit geht es auch bei der Arbeit am „Digitalen Kodex“. Dieses bundesweit sehr beachtete DIVSI-Projekt startet in die zweite Phase. Im Mittelpunkt stehen die Brennpunkthemen „Recht auf Vergessenwerden“ und „Big Data“. Projektleiter Philipp Otto umreißt die Aufgaben (S. 10).

Ich wünsche Ihnen diesmal nicht nur informative Unterhaltung – ich wünsche Ihnen auch angenehme und vor allem gesunde Feiertage sowie einen guten Start in das Neue Jahr.

Jürgen Selonke
Chefredakteur, DIVSI magazin



Netzpolitik? Es lebe die Digitalisierungspolitik!

Aufräumen mit einem Irrglauben: Es gibt keine Bereiche, die von der Digitalisierung nicht betroffen sind – oder gar „verschont“ bleiben.

Thomas Jarzombek

Der digitale Wandel hat in den letzten fünf Jahren politisch betrachtet eine atemberaubende Entwicklung durchgemacht. Es ist nicht mehr der Unterausschuss Neue Medien, ein Unterausschuss des Kulturausschusses, für das Thema Digitalisierung zuständig. Die Enquetekommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ hat umfangreiches Grundlagenwissen zum

Thema erarbeitet und sinnvolle Handlungsempfehlungen vorgelegt, die wir abarbeiten werden. In dieser Legislaturperiode hat der Deutsche Bundestag erstmals seit Langem einen neuen ständigen Ausschuss für die „Digitale Agenda“ eingesetzt. Dieser ist im Februar 2014 gestartet – und ich bin froh, dass es ihn gibt.

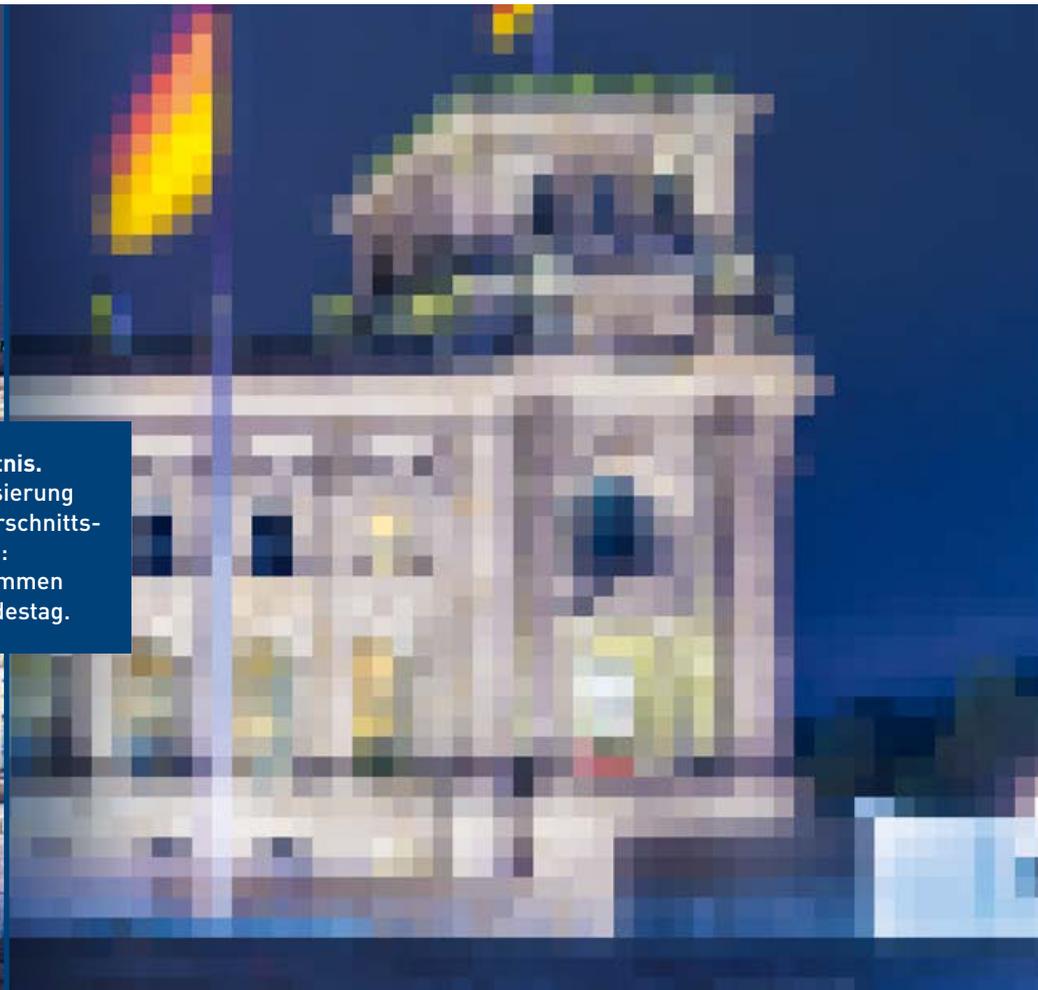
Angesichts dieser Entwicklung erreicht mich eine Vielzahl an Anfragen zur

Teilnahme an Podiumsdiskussionen, als Redner auf einer Veranstaltung oder als Autor eines Beitrags. Die gewachsene Bedeutung des Themas misst sich auch in einer Zunahme dieser Anfragen.

Den Wurzeln entwachsen. Für mich sind diese gewachsene Bedeutung des Themas und das Interesse an den Positionen meiner Fraktion dazu aber regel-



Erkenntnis.
Digitalisierung
als Querschnitts-
aufgabe:
Angekommen
im Bundestag.



mäßig auch Anlass für Begriffsreflexionen. Es gibt seit Jahren eine engagierte Community, die das Thema groß gemacht und auch politisch für viel Aufmerksamkeit gesorgt hat. Im Sinne der Sache bin ich dafür sehr dankbar, auch wenn wir durchaus harte Diskussionen geführt haben. Das Thema „Netpolitik“ ist dennoch seinen Wurzeln entwachsen und erwachsen geworden. Es geht nicht mehr nur um das „Netz“, also um den Umgang mit dem, was online stattfindet. Es geht um die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen, politischen, ja allumfassenden Auswirkungen der Ausbreitung des Internets in alle Lebensbereiche. Das Internet verändert das reale Leben – in allen Bereichen. Es geht um nicht weniger als die Gestaltung des radikalen digi-



Napster.
Anfang der
2000er-Jahre
die erste große
Community
im Netz.

talen Umbruchs. Daher: Die „Netpolitik“ ist gewachsen – es lebe die Digitalisierungspolitik!
Am Beginn der Netpolitik stand die Urheberrechtspolitik, groß geworden mit den Auswirkungen von Peer-to-Peer-Filesharing. Napster war Anfang der 2000er-Jahre die erste große Community im Netz. Gleichzeitig läutete Napster den ersten Umbruch einer klassischen Industrie, der Musik- und Filmwirtschaft, ein. Aus heutiger Perspektive sind Formate wie MP3 – und entsprechende Abspielmöglichkeiten – nicht mehr wegzudenken. Rückblickend erscheinen die damit verbundenen Debatten um das Thema Urheberrecht fast zeitlos. Gerade erst hat der neue EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, →

Das Thema
Netpolitik ist
seinen Wurzeln
entwachsen
und erwachsen
geworden.

Foto: Sean Pavone – Shutterstock



Wandel I.
Die Automobil-
industrie wird
tief von Ver-
änderungen
getroffen.



→ Günther Oettinger, für Sommer 2015 Vorschläge für eine EU-Urheberrechtsreform angekündigt, damit das Urheberrecht fit für das digitale Zeitalter gemacht wird.

Es folgte eine Phase, in dem die Möglichkeiten des Internets zur Begründung für eine Forderung nach allumfassender Transparenz herangezogen wurden. Parteien wurden auf dieser Idee gegründet – und sind an der Realität gescheitert. Transparenz von Regierung und Verwaltung sind wichtig. Sie sind Grundlage für offene Gesellschaften und plurale Demokratie. Aber sie muss diesem Ziel dienen – und ist kein Selbstzweck.

Digitale Transformation. Politik, die sich mit der geschilderten Auswirkung des Netzes befasst, ist heute Digitalisierungspolitik. Die erfolgreiche Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist die große Zukunftsaufgabe. Wir müssen mit dem Irrglauben aufräumen, dass es Bereiche gibt, die davon nicht betroffen sind – oder gar „verschont“ bleiben. Das Internet ermöglicht eine vollkommen neue Form der (Zusammen-)Arbeit und der Wertschöpfung. Das verändert Wirtschaft und Gesellschaft massiv, ist Chance und Herausforderung zugleich.

Für den neu eingesetzten Ausschuss Digitale Agenda des Deutschen Bundestages besteht darin die Möglichkeit, die digitale Transformation in ihrer gesam-

ten Breite zu betrachten. Mit seiner Einsetzung hat der Bundestag die Digitalisierung als Querschnittsaufgabe erkannt. Es ist für die Mitglieder des Ausschusses heute normal, mit Finanzkollegen über die Verbesserung der Situation junger Gründer zu sprechen, mit den Kollegen aus dem Innenausschuss über IT-Sicherheit zu verhandeln, mit den Fachleuten zur Bildung über die Möglichkeiten der Digitalen Bildung zu beraten oder über das Zukunftsthema Digitalisierung der Gesundheitswirtschaft gemeinsam mit den Gesundheitspolitikern eine Anhörung zum Thema „E-Health“ durchzuführen. Schon heute werden so Debatten geführt, die noch vor fünf Jahren unvorstellbar gewesen wären.

Neue Industriepolitik. Dennoch muss das Augenmerk zukünftig noch stärker auf der ökonomischen Bedeutung und den Chancen der Wertschöpfung durch Digitalisierung liegen. Digitalisierungspolitik ist die neue Industriepolitik. Die oft bemühte Vision einer Ökonomie der Digitalisierung, in der der Nutzen eines Produktes wichtiger ist als der Besitz, ist eine zentrale Herausforderung gerade für Deutschland. Unsere Stärke liegt heute noch in Ingenieuren, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie. Diese tra-

ditionell starke klassische Industrie wird von dieser Veränderung tief erschüttert werden. Um das Schlagwort „share economy“ auf den Punkt zu bringen: Wenn sich mehrere Menschen ein Auto teilen, brauchen im Zweifel weniger Menschen ein eigenes Auto. Diese Aussage stellt das Geschäftsmodell einer Branche, die auf den Verkauf von Fahrzeugen setzt, vollkommen auf den Kopf. Die klassische Wirtschaft merkt jetzt, was vor Jahren schon die Unterhaltungsindustrie schmerzlich feststellen musste.



IT-Sicherheit.
Datenschutz
muss künftig
stärker
differenzieren.

Vernachlässigte Perspektive. Das Internet der Dinge, die Entstehung von Null-Grenzkosten-Produkten, der Entfall von Transaktionskomplexität und -kosten, das Unbundling von Produkten, die „share economy“ – allesamt Entwicklungen, die vor allem nach ökonomischer Betrachtung verlangen. Eine Perspektive, die in den letzten Jahren vernachlässigt wurde.

Die eine endgültige Antwort auf diese Auswirkungen der Digitalisierung in Deutschland kann man heute nicht geben. Ich bin aber überzeugt, dass die Zukunft der klassischen Industrie nur funktioniert, wenn die Möglichkeiten datengestützter Geschäftsmodelle genutzt werden. Industrie 4.0 heißt, dass

Daten und Dienste Einzug in die Industrieproduktion halten und neue Geschäftsmodelle erschließen. Daten sind beliebig oft kopierbar; wirtschaftlich ausgedrückt: Die Grenzkosten existieren nicht mehr. Oder, wie es jüngst Prof. Justus Haucap in einer Anhörung des Ausschusses Digitale Agenda ausdrückte: „Daten bzw. Informationen [haben] aus ökonomisch-theoretischer Sicht Eigenschaften von öffentlichen Gütern. Als öffentliches Gut bezeichnen Ökonomen solche Güter, die grenzkostenlos mehr nutzbar bzw. nichttrivialisierend in der Nutzung sind.“

In der digitalisierten Wirtschaft sinken die Transaktionskosten drastisch. Als Politik sind wir nicht der bessere

tensparsame Geschäftsmodelle und Angebote setzen sich auch in Deutschland nicht durch.

Wilder Westen. Die Debatte um den Datenschutz von Anwendungen bei Kurznachrichten-Apps hat der millionenfachen Nutzung in Deutschland nicht geschadet – obwohl es „sicherere“ Produktalternativen gibt. Trotz strenger deutscher Datenschutzgesetze erleben wir eine Situation wie im Wilden Westen: Der Stärkere gewinnt. Ein vernünftiger Datenschutz muss zukünftig stärker differenzieren können zwischen sensiblen Daten und unkritischen Diensten. Dies muss sich auch in der Datenschutzgrundverordnung spiegeln, die keine Käseglocke

Im Kontext der Digitalisierung stiftet Datenverarbeitung einen exponentiellen Nutzen mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Potenzialen. Schon jetzt sind Autos rollende Computer. Schon jetzt ist eine unüberschaubare Anzahl von Sensoren für Fahrzeugfunktionen verbaut, die nicht nur im Fahrzeug gespeichert sind, sondern zunehmend das Auto auch verlassen (Zukunftsthema Car to X), um mit anderen Fahrzeugen oder Verkehrssystemen zu kommunizieren. Das selbstfahrende Auto demonstriert die Herausforderungen der Zukunft. Eine Antwort muss aber sein, Deutschland von einem Konsumentenmarkt von IT-Produkten zum Anbietermarkt für die digitalisierte Industrie zu entwickeln. Dafür haben wir im internationalen Vergleich exzellente Startvorteile: Der Industrieanteil in Deutschland an der Wertschöpfung ist sehr hoch – diesen Vorsprung müssen wir nutzen!

Arbeit verzahnen. Die Frage der Internet Governance wird in diesem Zusammenhang weitestgehend vernachlässigt. Bei der Definition von Standards im Rahmen der Selbstorganisation des Internets müssen aus Deutschland und Europa staatliche Akteure, Wirtschaft und die Zivilgesellschaft mit am Tisch sitzen. Es ist mir deshalb ein wichtiges Anliegen, die Arbeit auf deutscher und europäischer Ebene zu verzahnen. Mit Günther Oettinger als neuem EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft haben wir einen idealen Ansprechpartner in Europa. Die erste Delegationsreise der Arbeitsgruppe Digitale Agenda führte uns deshalb bereits Ende September nach Brüssel. Viele Themen, die in Deutschland diskutiert werden, spielen auch in Europa eine Rolle, deshalb wollen wir als Fraktion zukünftig regelmäßig mit den relevanten Akteuren in Brüssel zusammentreffen. Die Vollendung eines digitalen Binnenmarktes für Europa ist dabei zentral für eine international wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft in Europa. □



Thomas Jarzombek, MdB
ist Sprecher der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion
für die Digitale Agenda.



Wandel II.
Transaktions-
und Grenzkosten
sinken in der
digitalen Wirtschaft
drastisch.

Unternehmer, aber wir müssen einen ausgewogenen Rechtsrahmen zum Beispiel für den Datenschutz sicherstellen, der Innovationen ermöglicht. Der Wettbewerb in diesem Umfeld ist global, Deutschland begegnet diesem Umfeld mit einer Kleinstaaterei von 16+1 Datenschutzbeauftragten, deren Schwerpunkt augenscheinlich auf der Verhinderung von Datennutzung liegt. In politischen Diskussionen begegnet mir oft das Argument, der hohe deutsche Datenschutzstandard müsse Vorbild für Europa und damit Standortfaktor der Zukunft sein. Diese Argumentation hinkt – datenschutzfreundliche oder da-

für die europäische Internet-Wirtschaft werden darf. Das Datenschutzrecht ist entstanden als Abwehrrecht gegen den Staat, weil übermächtige Behörden persönliche Daten erfasste und sich der Bürger dagegen nicht wehren konnte. Es wäre eine Perversion dieser Gedanken, sollte künftig aufgrund zu strenger Opt-in-Regelungen aus Europa eine Situation entstehen, in der unbegrenzt alle persönlichen Daten gesammelt werden, aber nur von den großen US-Playern, die immer ein Opt-in erhalten werden und dann Gatekeeper über diese Daten für europäische Gründer werden. Diese Gefahr scheint derzeit sehr real.

Hamburg – Vor voll besetzten Reihen referierten Joanna Schmölz, wissenschaftliche Leiterin von DIVSI, und Projektleiterin Meike Demattio im Rahmen einer öffentlichen Vorlesung in der Hamburger Universität. Bei dieser Veranstaltung im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens ging es um die DIVSI U25-Studie im Allgemeinen sowie um „Perspektiven auf pädagogische und didaktische Potenziale privater, mobiler Endgeräte in der Schule“ im Speziellen.

Mobbing-Sorge. Drei Punkte fanden bei der intensiven Diskussionsrunde besonderes Interesse. Dabei ging es zum einen um das Thema Mobbing. Meike Demattio hatte berichtet, dass dies laut Studienergebnis ein wichtiges Thema für die junge Generation ist: „Bei den Befragungen gab es keine Gruppe, die nichts dazu sagen konnte.“

Dabei würden mit diesem Begriff eine Reihe von Phänomenen verbunden. Die Negativ-Palette reicht von Bloßstellung durch diffamierendes Bild/Ton-Material über Beleidigungen bis zum „Hacken“ eines Online-Profiles oder zur Täuschung über ein „Fake-Profil“.

Die engagierte Diskussionsrunde in der Hamburger Uni bestätigte die große Sorge der jungen Menschen vor dieser Art von Verunglimpfung: „Mobbing hat Relevanz im Leben. Die besondere Brisanz liegt darin, dass sich solche Anfeindungen ganz schnell verselbstständigen können.“ Mobbing wird dabei angesehen als eine Mischung aus „medial vermittelter Angst und dem Bewusstsein, dass eine solche Gefahr nicht auszuschließen ist“.

Grundsätzlich wird Mobbing online schlimmer empfunden als offline. Laut U25-Studie hat etwa jeder Dritte der jungen Erwachsenen Sorge, zum Opfer werden zu können. Dabei liegt dieser Furcht-Gedanke weit über den objektiven Zahlen. Als tatsächlich Schikanierte haben sich im Rahmen der Untersuchung drei Prozent geoutet.

Kreativ-Raum Internet. Joanna Schmölz zitierte Erkenntnisse der US-amerikanischen Sozialforscherin Dana Boyd. Die Wissenschaftlerin hält die

Internet – Mehr als ein Info-Medium

Öffentliche DIVSI-Vorlesung in der Universität Hamburg auf Basis der U25-Studie.

Jürgen Selonke



Engagiert. Meike Demattio (l.) und Joanna Schmölz referierten über das Verhalten junger Erwachsener in der digitalen Welt.

Kritik an der angeblich internethörigen Jugend für überzogen. Boyd beurteilt die Diskussion von einer Kultur der Angst geprägt und sieht sich frustriert von dem Denken über die Jugend, dass die Technologie für sie alles viel schlimmer machen müsse. Die Älteren sollten demnach nicht den Fehler machen, das Internet als „böse“ darzustellen, weil vielleicht Unverständnis darüber herrscht, was Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene den ganzen Tag über im Netz machen.

Eine Sichtweise, die bei der Hamburger Uni-Runde von den jungen Teilnehmern voll geteilt wurde. Demnach halten sie es für falsch, wenn ihnen das Internet vor allem als Info- und Bildungsmedium schmackhaft gemacht wird. Dagegen vermissen sie zielgerichtete Hinweise auf die kreativen Möglichkeiten des Mediums: „Vor allem in der Schule wurde kaum jemals Raum für Internet-Kreativität gegeben“ Hier werde eine große Chance vertan, das Internet über seine



Begeisterung. Internet heißt auch Kreativität.

Möglichkeiten als Info- und Bildungsmedium hinaus in das Leben einzubauen.

Die Zuhörer argumentierten, dass sie sich generell unverstanden fühlten, wenn sie etwas Kreatives im Internet schafften. Auch zu Hause würde viel zu wenig anerkannt, wenn man mit Freunden oder allein das Netz für solche oder andere innovative Zwecke nutze. Viele Eltern würden dann nur kritisieren, wie viel Zeit man schon wieder im Netz vergeudet hätte. Häufig fehle es auch an der geringsten Anerkennung. Immer werde nur gewarnt, viel zu selten gelobt.

Unrechtsempfinden. Ein Blickwinkel, den auch Danah Boyd teilt. Sie geht sogar noch einen Schritt weiter und kritisiert, dass die Chance der Jugendlichen, durch das Internet zu lernen, teilzuhaben und aus der Welt schlau zu werden, durch das Verhalten der Älteren beschädigt wird.

Gesprochen wurde auch über Erkenntnisse der U25-Studie im Hinblick darauf, ob ein Unrechtsempfinden beim Herunterladen von Filmen, Musik oder Spielen aus dem Internet existiert. Die wesentliche Erkenntnis dazu in der Untersuchung: Erlaubt ist, was alle machen. Vorgenommen würden Risikoabstufungen mit der zentralen Frage: Wie wahrscheinlich ist es, dass ich strafrechtlich belangt werde?

Die Diskussionsrunde in der Hamburger Uni ergab eine neue Sichtweise, nach der offensichtlich viele handeln: Wenn es so einfach ist, kann es nicht verboten sein.

Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, dass der Gedanke an mögliche Unrechtmäßigkeiten die jungen Menschen durchaus umtreibt. Allerdings wissen sie nicht, wo die tatsächlichen Grenzen in dieser Grauzone verlaufen. Als Resultat wurde auch festgehalten: Manches davon ist offensichtlich eine Frage des Alters und endet deshalb ganz automatisch. Hier gab es auch eine Forderung an die ältere Generation: Sie müsse in Bezug auf Grauzonen klare Handlungsoptionen geben und mehr und besser – auch in der Schule – aufklären. 

 **WEITERE INFORMATIONEN**
divsi.de/publikationen



Abschied.
Wegen einer neuen beruflichen Herausforderung hat Miriam Meckel den Beirat verlassen.

Änderung im DIVSI-Beirat

Direktor Matthias Kammer zum Ausscheiden von Prof. Dr. Miriam Meckel.

Danke, liebe Miriam Meckel! Danke für zweieinhalb Jahre engagierte Mitarbeit im DIVSI-Beirat, dem Sie seit seiner Gründung angehört haben.

Warum Sie als viel beschäftigte Professorin sich für die Ziele unseres Instituts so stark eingesetzt haben, begründeten Sie seinerzeit in einem Interview so: „DIVSI will auf wissenschaftlicher Basis mithelfen, mehr Transparenz in all die Diskussionen und Probleme rund um das Netz zu bringen. Eine Arbeit, die nur zu begrüßen ist. Deshalb habe ich mich bereit erklärt, im Beirat mitzuwirken.“

Diese angekündigte Mitwirkung haben Sie stets und in der Ihnen eigenen Art geleistet: fachkundig, streitbar und doch kompromissbereit, mit Blick nach vorn. Ihre Ideen haben uns manchen wertvollen Impuls geliefert.

Wenn Sie jetzt Ihre Mitgliedschaft im Beirat des DIVSI ruhen lassen, bedaure ich diesen Schritt sehr – habe gleichzeitig jedoch volles Verständnis. Die neu übernommene Aufgabe als Chefredakteurin der „Wirtschaftswoche“ verlangt uneingeschränktes Engagement und gestattet es einer neutralen Journalistin kaum, sich nebenbei für die Ziele und Interessen unseres Instituts starkzumachen.

Ich wünsche Ihnen für die neue Aufgabe eine glückliche Hand. Wobei Ihnen der Kontakt zu den großen digitalen Themen unserer Zeit erhalten bleiben wird. „Aus meiner Sicht gibt es derzeit kaum einen spannenderen Prozess als die Digitalisierung unserer Welt, die für den Journalismus viele neue Möglichkeiten bereithält“, haben Sie erklärt.

Ich bin gespannt, wie sich das in der „Wirtschaftswoche“ Ihrer Prägung zeigen wird.

Matthias Kammer, Direktor des DIVSI

Sondierungen für Nachfolge laufen

Unverändert gehören dem DIVSI-Beirat seit seiner Gründung an: Prof. Dr. Claudia Eckert als Vorsitzende, Thomas Götzfried, Harald Lemke sowie Dr. Bernhard Rohleder. Schirmherr des Instituts ist seit gut zwei Jahren

der frühere Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog.

Nach dem Ausscheiden von Prof. Dr. Miriam Meckel soll der Beirat neu ergänzt werden. Die entsprechenden Sondierungen sind am Laufen.

Der „Digitale Kodex“: Start in die zweite Phase

Der „Digitale Kodex“ startet in die zweite Phase. Im Mittelpunkt des umfangreichen Prozesses stehen die Brennpunktthemen „Recht auf Vergessenwerden“ und „Big Data“.

Philipp Otto

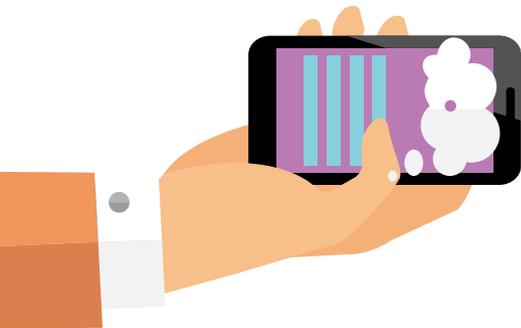
Die Notwendigkeit, neue Regelungsmodelle für offene Fragen und Problemstellungen im Internet zu finden, setzt Politik, Justiz und Gesellschaft unter erheblichen Handlungsdruck. Im Wochentakt gibt es europaweit von allen Seiten neue Vorschläge für Regulierungs-, Abgaben- oder Haftungsmodelle. Ziel dabei ist immer, möglichst einfache und politisch gut verkaufbare Konzepte zu prä-

sentieren, die einen vermeintlichen Lösungsweg aus dem Dilemma zwischen schnellen Innovationen und langsamen Gesetzgebern auf der einen und nationalen Regelungen versus internationale Herausforderungen auf der anderen Seite weisen. In vielen Fällen werden dabei aber zu viele Themen über einen Kamm geschert. Zudem wird schlicht nicht in der nötigen Tiefe und Breite eruiert, wie der Regelungsgegenstand eigentlich genau aussieht und welche rechtlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen das jeweilige Modell haben könnten. Funktionsfähige Lösungen existieren bislang kaum. Unser Projekt „Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?“, das der Think Tank iRights.Lab im Auftrag des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet durchführt, startet deswegen nun in die zweite Phase.

In einem aufwendigen Prozess mit umfangreichen inhaltlichen Erörterun-

gen, intensiven Gesprächen mit Akteuren und gesellschaftlich relevanten Mitspielern, sowie begleitet von einer hochrangigen Expertengruppe, setzen wir uns bis zum Herbst 2015 mit den beiden Brennpunktthemen „Recht auf Vergessenwerden“ und „Big Data“ auseinander. Ziel des Projekts „Digitaler Kodex“ ist dabei, anhand von praktischen Beispielen zu eruieren, ob es neben der gesetzlichen Regulierung und industriellen Selbstverpflichtungen weitere Modelle zur Problemlösung gibt.

„Recht auf Vergessenwerden“. „Das Internet vergisst nichts“ – diese Mahnung, meist mit erhobenem Zeigefinger, soll dafür sensibilisieren, dass Informationen im Internet dauerhaft zugänglich sind. Daran hat sich auch durch die viel diskutierte Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Mai 2014 zum sogenannten „Recht auf Vergessenwer-



Die Leitplanken des DIVSI-Schirmherrn

DIVSI-Schirmherr Prof. Dr. Roman Herzog hat einen wesentlichen Anstoß für die Arbeit an einem „Digitalen Kodex“ gegeben. Der frühere Bundespräsident: „Um das Vertrauen ins Internet, in die mit ihm eröffneten Chancen und Möglichkeiten nicht zu verspielen, brauchen wir eine breite Diskussion darüber, welche verbindlichen Spielregeln hier gelten sollen. Wir brauchen Leitplanken, die uns auf dem richtigen Weg halten. Ein „Digitaler Kodex“, von allen Verantwortlichen getragen, könnte ein Weg dahin sein.“



Fotos: Klaus Knuffmann, Macrovector – Shutterstock

den“ nichts geändert. Das Gericht hatte einem Antragsteller recht gegeben, dass Google in seinem Suchmaschinenangebot Links löschen muss, die zu Seiten führen, auf denen aus Sicht des Klagenden sensible persönliche Informationen des Antragstellers zugänglich waren.

Dieses „Recht auf Vergessenwerden“, das durch die Entscheidung indirekt ein-

geräumt wird, ist dabei aber vielmehr ein „Recht auf erschwerte Auffindbarkeit“. Denn löschen muss Google nur die Verlinkung, während die Originalquelle bestehen bleibt und jederzeit auf anderen Seiten erneut



verlinkt und dadurch verbreitet werden kann. Was zunächst also wie eine bahnbrechende Entscheidung zugunsten von Nutzern klingt, entpuppt sich auf den zweiten Blick als vordergründige Symptombehandlung, die dabei massive Implikationen für Gesellschaft und Wirtschaft beinhaltet, die in ihren Folgen derzeit nur schwer abgeschätzt werden können.

Abwägung in privater Hand. Rund ein halbes Jahr nach dem Richterspruch in Luxemburg sind laut Google europaweit mehr als 162000 Anträge auf Löschung eingegangen, die insgesamt rund 545000 einzelne Webseiten betreffen. Circa 27000 dieser Anträge kommen dabei aus Deutschland.

Der EuGH hat mit seinem Urteil dem Unternehmen Google die Aufgabe übertragen, in jedem einzelnen Fall zu entscheiden, ob es die beantragte Löschung vornehmen muss – oder auch nicht. Dabei gilt aber die Maßgabe: Privates Interesse geht dem öffentlichen Interesse an der Auffindbarkeit der Quelle via Google vor. Ein Zustand, der massiver Kritik unterliegt. Konnte man kurz nach dem Richterspruch vielfach euphorische Stellungnahmen aus der Politik hören, dass das Gericht endlich ein wirksames und sinnvolles „Recht auf Vergessen“ etabliert habe, so wird langsam deutlich, dass der liebliche erste Schluck des Weines in der Zeit danach zu erheblichen Kopfschmerzen geführt hat. Es ist mehr als ein schaler Beigeschmack, den das Urteil ausgelöst hat.

Ob manuell oder automatisch: In jedem einzelnen Fall entscheiden privatwirtschaftliche Suchmaschinenbetreiber allein und für die Öffentlichkeit intranspa- →

Recht auf
Vergessenwerden
ist ein Recht
auf erschwerte
Auffindbarkeit

→ rent über die Informationsfreiheit von Bürgern und Presse. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel. Es braucht einen neuen gesellschaftlichen Dialog über die Art und Weise, wie mit dieser Problematik umgegangen werden soll. Das Projekt zum „Digitalen Kodex“ soll dabei einen wichtigen Beitrag leisten. Fragen, die im Prozess debattiert werden, sind beispielsweise:

- Braucht es für Konfliktlösungen durch die Suchmaschinenbetreiber festgeschriebene Regeln, etwa Verfahrensvorschriften für Abwägungsprozesse?
- Wie entstehen solche, wer ist am Aushandlungsprozess zu beteiligen, und wie werden sie wirkmächtig?

- Sollten Suchmaschinenanbieter verpflichtet sein, detaillierte Informationen über die Verfahrensabläufe transparent zu machen, v. a. zu veröffentlichen?
- Können/Sollten privatwirtschaftliche Internet-Unternehmen Hüter von Freiheitsrechten sein? Was sind die Vor- und Nachteile gegenüber staatlicher Regelsetzung und -durchsetzung?
- Muss es eine demokratisch



legitimierte Kontrolle der Entscheidungen geben, und wenn ja, wer übt sie wie aus?

Der „Digitale Kodex“ bietet die Möglichkeit, zusammen mit vielen Beteiligten diese und weitere Fragen intensiv zu erörtern und zu überlegen, wie ein neuer gesellschaftlicher Umgang mit diesem Thema aussehen kann.

„Big Data“ – gut oder böse? In einem parallelen Prozess werden wir uns, ausgehend von praktischen Anwendungs-

Ja, Deutschland braucht einen „Digitalen Kodex“

Die Historie zu einem Projekt, das bundesweit höchste Beachtung gefunden hat und heiß diskutiert wird.

Die Arbeit am „Digitalen Kodex“ – gemeinsam getragen von DIVSI und dem Berliner Think Tank iRights.Lab, läuft seit dem Frühjahr des letzten Jahres. Die offizielle Auftaktveranstaltung war im Münchner Oberangertheater. Diesem Info-Abend sind zwischenzeitlich zwei weitere öffentliche Treffen gefolgt. In der Hamburger Bucerius Law School sowie in der Berliner Kalkscheune diskutierten Experten mit einem interessierten Publikum.

DIVSI-Direktor Matthias Kammer hat im Rahmen der Auftaktver-

anstaltung die grundsätzliche Überlegung hinter der Fragestellung nach einem „Digitalen Kodex“ so umrissen: „Geschäftsmodelle, die auf dem Internet basieren, boomen wie kaum in einer anderen Branche. Oft jedoch mit bösen Überraschungen für die Nutzer. Die Macher schieben die Verantwortung dafür den Verbrauchern zu. Die wiederum sehen häufig den Staat in der Pflicht, für ihren Schutz zu sorgen. Doch der Gesetzgeber kennt auch keine Patentlösung. Ein Kreislauf, den es zu stoppen gilt. Hinter allem steckt die womöglich

entscheidende Frage in unserer zunehmend digitalisierten Welt: Wirtschaft, Politik, Nutzer – wer übernimmt die Verantwortung im Netz? Für dieses Problem wollen wir Lösungsansätze finden und fragen deshalb nach dem ‚Digitalen Kodex‘.“

Begleitet wird das Projekt von zehn Experten aus ganz unterschiedlichen Fachgebieten. Die Beteiligten sind sich mittlerweile einig, dass der gesuchte Kodex sich positiv auf das Miteinander im Umgang mit dem Internet auswirken würde. Dabei ist man sich sehr wohl um die Schwierigkeit bei seiner Ausgestaltung bewusst.

Projektleiter Philipp Otto: „Uns ist deshalb wichtig, alle Beteiligten in die Diskussion einzubeziehen. So liegen nicht nur originäre geschäftliche und strategische Interessen offener auf dem Tisch, sondern gerade an dieser Stelle können Kompromisslinien und realistische Modelle besser ausgelotet werden. Ein ‚Digitaler Kodex‘ ist nur unter Beteiligung aller möglich und kann nicht in Hinterzimmern erarbeitet werden – insbesondere dann, wenn es nicht um einseitige Regulierungsvorschläge, sondern um ein kooperatives Miteinander geht.“



Starke Resonanz. DIVSI-Schirmherr Prof. Dr. Roman Herzog war in der Bucerius Law School interessierter Ehrengast bei der zweiten Veranstaltung zum „Digitalen Kodex“.

fällen beispielsweise aus dem Bereich der Mobilität oder auch der Gesundheit, mit der Frage beschäftigen, wie ein gesellschaftlicher Umgang mit großen Datenmengen intelligent geregelt werden kann. Seit ein paar Jahren impliziert der Modebegriff „Big Data“ sowohl große Gefahren des Missbrauchs durch das unkontrollierte Verknüpfen und Verwenden von Daten, wie gleichzeitig auch das Versprechen, durch neue Anwendungs- und Wirtschaftsbereiche das alltägliche Leben der Menschen deutlich zu verbessern.

Das Spannungsfeld ist bis heute ungelöst. Insbesondere auch aufgrund der Tatsache, dass ein und derselbe Datensatz in gesellschaftlich gewünschter oder ungewünschter Weise mit einem anderen verknüpft werden kann. Doch was ist eigentlich gesellschaftlich erwünscht? Wie kann ein Modell entwickelt werden, das die ethischen und ökonomischen Pole in diesem Spannungsfeld neu beschreibt und definiert? Im Projekt werden wir uns die Zeit nehmen, diese Fragen zu stellen und zu diskutieren. Ziel ist, ein neues und intensiveres Verständnis für einen sinnvollen Umgang mit „Big Data“ zu finden.

Mit dem Prozess um die Frage nach einem „Digitalen Kodex“ wollen wir einen wesentlichen Beitrag zu den Debatten über diese Problemkreise leisten. Bewusst lassen wir uns dabei nicht von tagesaktuellen Entwicklungen treiben,

sondern bemühen uns, mit ruhiger Hand mehr Tiefe und Analyse der bestehenden Problemfelder zu schaffen, mit anderen Mitspielern zu diskutieren und Lösungswege zu eruieren und kompakt darzustellen. Es ist ein offener Prozess, bei dem wir uns über die Beteiligung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft freuen. Die komplexen Fragen mit einem Federstrich auf einem weißen Blatt Papier lösen zu



wollen, grenzt an Unvernunft, deswegen nehmen wir uns Zeit und wollen bis zum Herbst 2015 erste Ergebnisse in Papierform vorlegen.

Auf dem Weg dahin werden wir gezielt das Gespräch mit vielen Beteiligten suchen, die alle für sich, ob als direkt Betroffene oder als Beobachter, einen

oftmals ebenfalls differenzierten Blick auf die Entwicklungen und die dahinterliegenden Fragen haben. Um Antworten zu finden, gilt es einerseits, die politische Entwicklung und die Grundlagen, auf denen diese möglich ist, genau zu betrachten. Sehr schnell wird klar, dass wir nicht nur mit singulären Fragestellungen, sondern mit multiplen Problemlagen konfrontiert sind. Lösungsansätze dürfen sich deswegen nicht nur auf scheinbar einfache Slogans konzentrieren, sondern müssen standhaft ausgestaltet sein. □



Philipp Otto
Leiter des Projekts „Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex?“, Partner des Think Tank iRights.Lab

 **WEITERE INFORMATIONEN**
www.divsi.de/projekte

NEWS

IT-Kompetenz lässt zu wünschen übrig

Potsdam – Mehr Wissen gefordert, um E-Government umsetzen zu können.

Eine aktuelle Studie des IT-Planungsrates, realisiert vom Potsdamer Institut für eGovernment (IfG.CC), kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschlands Verwaltung für die Umsetzung der Digitalen Agenda bislang lediglich unzureichend aufgestellt ist.

Zwar hätten IT und E-Government die Verwaltung tief durchdrungen, doch erfordere dies von den Beschäftigten neues Wissen, neue Fertigkeiten und neue Kompetenzen. Spezifisches Wissen für IT und E-Government insgesamt würden aber nur unzureichend



Manko. E-Government tut sich schwer.

vermittelt. Dies gilt sowohl in der Hochschulbildung als auch in der Fort- und Weiterbildung.

Die Untersuchung macht auch deutlich, dass mit Blick auf E-Government in verwaltungsbezogenen Studienangeboten deutscher Hochschulen über die Hälfte der Angebote überhaupt keinen Bezug zu E-Government oder IT-Inhalten aufweisen.

Damit die deutsche Verwaltung den digitalen Wandel mitgestalten und die Möglichkeiten von E-Government insgesamt besser und gezielter nutzen kann, müssen deshalb spezielle Bildungsangebote aufgebaut werden. Dabei ginge es nicht darum, isolierte IT-Kenntnisse zu vermitteln. Wichtiger sei es vielmehr, dass Transformationskompetenzen erworben werden.

DIVSI Studie „Daten – Ware und Währung“

Am liebsten umsonst – die deutschen Internet-Nutzer bevorzugen eindeutig kostenlose Online-Angebote. 76 Prozent der User greifen ausschließlich oder vor allem auf Angebote zurück, für die nicht bezahlt werden muss. Nur gut jeder Fünfte nutzt sowohl kostenlose als auch kostenpflichtige Online-Angebote. 75 Prozent der Befragten sind sich allerdings auch der Tatsache bewusst, dass sie für diese kostenlosen Online-Angebote in der Regel mit ihren persönlichen Daten bezahlen müssen.

So eine Erkenntnis aus der neuen DIVSI Studie „Daten – Ware und Währung“, für die das renommierte Meinungsforschungsinstitut dimap in der zweiten Oktoberhälfte 2014 insgesamt 1002 Internet-Nutzer in Deutschland ab 14 Jahren befragt hat. DIVSI-Direktor Matthias Kammer stellte die Studie in Berlin mit Reinhard Schlinkert, Geschäftsführer von dimap, in den Räumlichkeiten der Bundespressekonferenz vor.

Online-Konsum hoch im Kurs. „82 Prozent der Befragten nutzen das Internet zum Einkaufen. Nur 17 Prozent shoppen ausschließlich offline. Angesichts dieses Trends rücken Fragen in den Vordergrund, die sich mit der kommerziellen Weiterverwendung persönlicher Daten und damit zusammenhängenden Sicherheitsproblemen beschäftigen“, erklärte

- **Kostenlose Online-Angebote werden bevorzugt**
- **Jeder dritte Nutzer würde für Datenschutz zahlen**
- **AGB der Anbieter als Problemfeld**

Michael Schneider



Teamwork. DIVSI-Direktor Matthias Kammer (l.) und dimap-Geschäftsführer Reinhard Schlinkert präsentierten in Berlin die Untersuchung.

der DIVSI-Direktor zum Hintergrund der Studie.

Mehrheitlich gehen die Internet-Nutzer davon aus, dass die meisten Anbieter von Online-Angeboten mit den Daten ihrer Nutzer Geld verdienen. Kammer: „Daten sind der Rohstoff für Wertschöpfung in der digitalen Welt.“

Allerdings lehnen 80 Prozent der Befragten diese Praxis entschieden ab. Angst vor Datenmissbrauch und die Unklarheit darüber, was mit den eigenen

Daten geschieht, sind hierfür die wichtigsten Gründe. Jeder dritte Befragte mit ablehnender Haltung sagt, dass persönliche Daten nur einem selbst gehören.

Lediglich 16 Prozent haben ein gewisses Verständnis für das Geschäftsmodell. Sie begründen dies vor allem damit, dass die Online-Anbieter schließlich auch Geld verdienen müssten. Knapp jeder dritte Konsument zeigt sich hingegen resigniert und gibt an, daran lasse sich so oder so nichts ändern.

900 Millionen Euro Schutzgeld. Immerhin jeder dritte Internet-Nutzer wäre nach den Ergebnissen der DIVSI Studie bereit, für den Schutz der eigenen Daten zu bezahlen (41 Euro pro Jahr im Durchschnitt) – unabhängig davon, ob er das Vorgehen, Nutzerdaten zu Geld zu machen, ablehnt oder dafür Verständnis hat. Hochgerechnet auf alle aktiven User ergibt das einen Betrag von etwa 900 Millionen Euro, mit der Anbieter rechnen könnten. Für eine solche Zahlung wären Personen mit Hochschulabschluss eher bereit (41 Prozent) als Personen mit einem Hauptschulabschluss (27 Prozent).

Matthias Kammer: „Diese Zahlungsbereitschaft von gut einem Drittel der Nutzer könnte ein Signal für solche Anbieter werden, die sich auf dem Markt mit einem besonderen Effekt etablieren wollen.“ Möglicherweise ließe sich mit einem solchen Modell ein Markenvertrauen in Verbindung mit einem Gütesiegel kreieren.

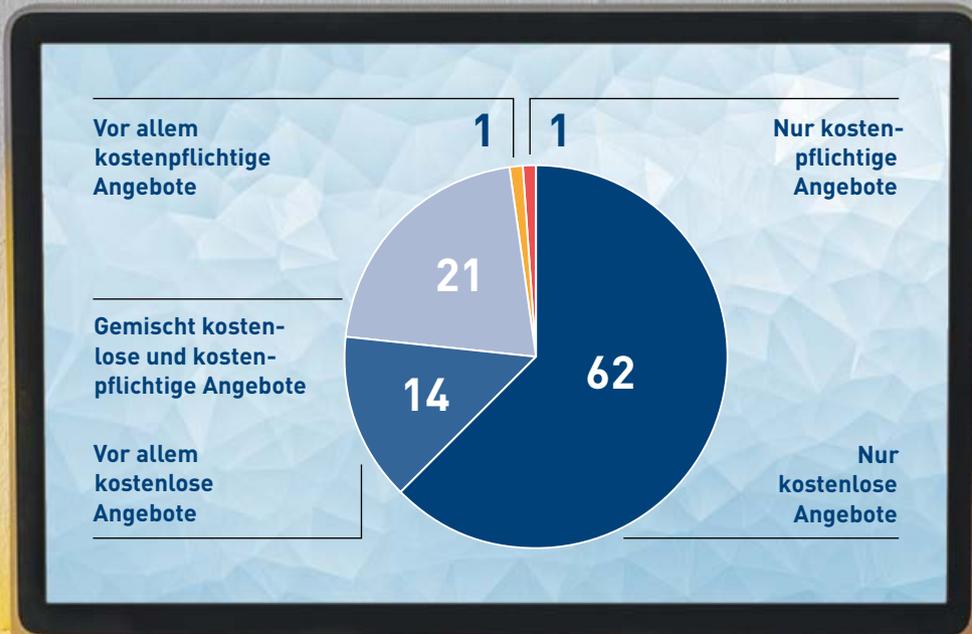
Die Ablehnung jährlicher Zahlungen wird am häufigsten mit Misstrauen be-

#paidcontent

41 Euro pro Jahr würde der Einzelne im Durchschnitt für den Schutz seiner Daten bezahlen.

„Wenn Sie im Internet an die unterschiedlichen Angebote denken, wie würden Sie Ihr Nutzungsverhalten beschreiben: Nutzen Sie ...?“

Angaben in Prozent



gründet: 59 Prozent zweifeln, dass dies tatsächlich zu höherer Datensicherheit führt. 40 Prozent von ihnen meinen, dass alles im Internet kostenlos sein sollte, auch die Sicherheit der Nutzerdaten.

Bei der Frage, ob die Nutzer an den Umsätzen, die mit ihren Daten erzielt werden, beteiligt werden sollten, ist die Haltung fast unentschieden. 48 Prozent sind dafür, und 46 Prozent sind dagegen.

Allerdings glauben auch nur 19 Prozent, dass eine Umsatzbeteiligung überhaupt umsetzbar wäre.

Politik in der Pflicht. „Angesichts der Problematik, dass persönliche Daten häufig als Ware gehandelt werden, sehen die Nutzer vor allem die Politik und die Unternehmen in der Pflicht. Fast alle (97 Prozent) fordern, dass der Missbrauch

persönlicher Daten stärker verfolgt und bestraft wird“, so der Geschäftsführer des Markt- und Politikforschungsinstituts dimap, Reinhard Schlinkert.

95 Prozent verlangen zudem, dass sich ausländische Internetfirmen an deutsche Datenschutzregeln halten müssen. Und 86 Prozent der Befragten fordern, dass Datengeschäfte gesetzlich verboten werden sollen. DIVSI-Direktor →

→ Kammer ergänzte, dass „die Politik noch stärker ihrer Verantwortung gerecht werden sollte, im Sinne der Verbraucher einen einheitlichen Datenschutz für in- und ausländische Unternehmen in Deutschland zu gewährleisten“.

Als Mittel zum Schutz der persönlichen Nutzerdaten sehen die Deutschen jedoch nicht nur Sanktionen: 72 Prozent sind der Meinung, dass Internet-Angebote, die sich an strenge Datenschutzregeln halten, von der Politik besonders gefördert werden sollten.

Doch auch die Unternehmen werden von den Internet-Nutzern in die Pflicht

#resignation

Knapp 80 Prozent der Internet-Nutzer glauben, wenig oder gar nichts in Sachen Sicherheit beeinflussen zu können.

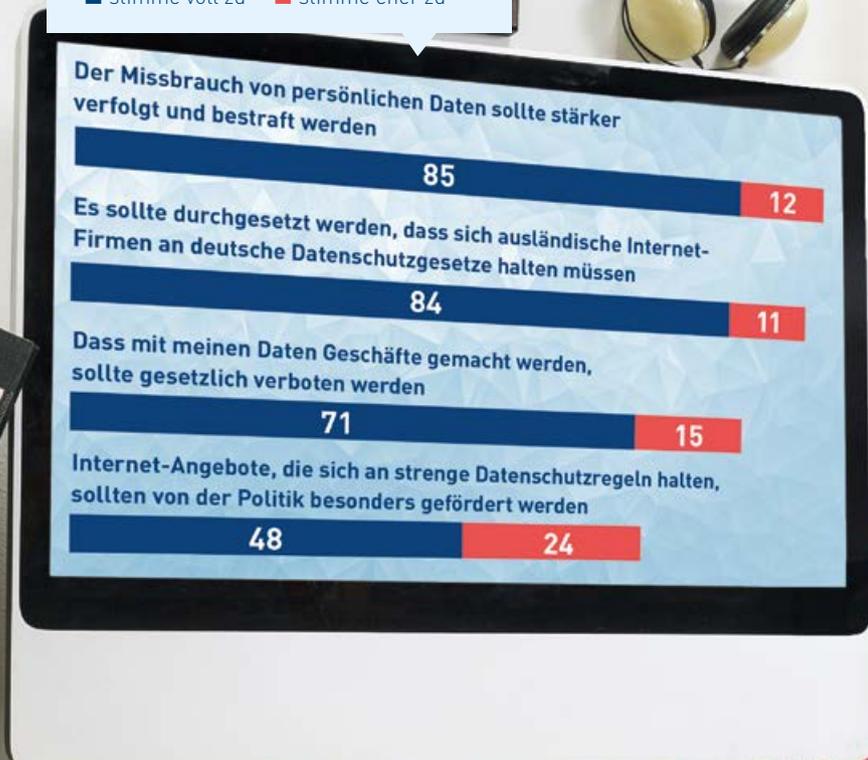
genommen. 96 Prozent der Befragten fordern, dass diese transparenter über den Verbleib der persönlichen Daten informieren sollten. Fast genauso viele

sind der Meinung, Unternehmen sollten sich selbst zur Einhaltung strenger Datenschutzregeln verpflichten.

„Welcher der folgenden Aussagen zu Online-Angeboten würden Sie voll zustimmen, welcher würden Sie eher zustimmen, welcher würden Sie eher nicht zustimmen, und welcher würden Sie gar nicht zustimmen?“

Angaben in Prozent

■ stimme voll zu ■ stimme eher zu



Problemfeld AGB. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) stellen ein Problemfeld dar. So sind sie den Nutzern (knapp 75 Prozent) oft zu lang und zu kompliziert, um überhaupt nachvollzogen werden zu können. Sie werden meist gar nicht erst gelesen oder bestenfalls nur flüchtig überflogen. Fast zwei Drittel der Befragten geben an, dass die Einhaltung der AGB nicht überprüfbar ist.

Einflussmöglichkeiten? Schließlich sehen sich die Internet-Nutzer auch selbst in der Verantwortung – wenn auch in deutlich geringerem Maße als Politik und Unternehmen. 59 Prozent der Befragten sagen, jeder Internet-Nutzer ist selbst dafür verantwortlich, was mit seinen Daten passiert. Unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildung oder Nutzungshäufigkeit kritisieren sie, dass der User dieser Verantwortung nicht nachgehen kann.

Die Deutschen sehen ihren Einfluss auf die Sicherheit ihrer Daten im Netz sehr nüchtern. Nur 8 Prozent sagen, jeder Einzelne habe viel Einfluss darauf, weitere 13 Prozent glauben, man habe etwas Einfluss. Eine deutliche Mehrheit von knapp 80 Prozent geht jedoch davon aus, dass der Einzelne wenig (38 Prozent) oder sogar gar nichts beeinflussen kann (40 Prozent).

WEITERE INFORMATIONEN
divsi.de/publikationen



Michael Schneider
leitet bei DIVSI den Bereich Kommunikation

Fotos: Boninstudio - Shutterstock, Frederike Heim

Leadership in der digitalen Welt

25 intensive Dialoge mit Vorständen und Geschäftsführern von Wirtschaftsunternehmen. Ergebnisse und Erkenntnisse einer DIVSI Studie.

Peter Paschek

Wir leben in Zeiten vager Begrifflichkeit. In der Alltagssprache unseres Wirtschaftslebens zeigt sich dieses besonders. Begriffe wie „Nachhaltigkeit“ oder „Corporate Social Responsibility“ werden in unterschiedlichster Deutung verwendet. Sie sind Zeichen für das, was die Menschen „bewegt“, und damit auch ein Teil des Selbstverständnisses unserer Gesellschaft.

„Vage Begriffe sind eher ideologisch als wissenschaftlich. Sie rühren das Gefühl und verwirren den Verstand“, sagt Max Urchs, Professor für Philosophie an der European Business School, Oestrich-Winkel. – Der Titel der hier im Folgenden besprochenen Studie lautet: „Leadership in der digitalen Welt, das Internet – Chance und Herausforderung für ein gesellschaftlich verantwortliches Management.“

„Leadership“ und „gesellschaftlich verantwortliches Management“ erweisen sich geradezu als Paradebeispiele vager Begrifflichkeit, betrachtet man die unzähligen Publikationen, Symposien oder Workshops zu diesen Themen.

Begriffsklärung. Um den Verstand nicht zu verwirren und gleichzeitig das Gefühl, zwar nicht zu rühren, aber dennoch zu berühren, soll zunächst das der Studie zugrunde liegende Verständnis der beiden o.g. Begriffe bestimmt werden.

Eigentlich spricht nichts dagegen, statt „Leadership“ den

Begriff „Führung“ zu verwenden. Aber da Sprache das „Schmiermittel einer Gesellschaft“ ist und die Sprache der globalen Gesellschaft nun mal Englisch – besser gesagt „schlechtes Englisch“ – ist, wurde in der hier besprochenen Studie der plakativere Begriff „Leadership“ verwendet, und zwar in folgender Definition: Leadership wird gesehen als eine Funktion des Wirtschaftsmanagers im Sinne von Peter Druckers Verständnis des Managers als Mitglied der führenden Elite der Gesellschaft („Member of Society's major Leadership Group, in command of the central resources of Society“). Nach Drucker umfasst die gesellschaftliche Verantwortung dieser Elite – und damit sind wir beim Begriff gesellschaftliche Verantwortung des Manager – die wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmensführung sowie die Werte stiftende und Werte vermittelnde Aufgabe für „the good Society“, im Sinne einer freien, rechtsstaatlichen und demokratischen Gesellschaft.

Freiheit und Würde. Es geht letztlich um die Verantwortung des Managers, durch seine Worte (!) und Taten Orientierung zu geben für einen Ausgleich zwischen den Werten des Marktes und den ethischen Werten, allen voran dem Respekt vor persönlicher Freiheit und der Würde der Person. Erst indem ein Mensch diese Werte lebt, stellt er, so der französische Philosoph André Comte-Sponville, das Menschliche in seinem Wesen unter Beweis. →

Führung. Der Twitter-Vogel im Formationsflug. Auch im digitalen Zeitalter muss einer verlässlich die Richtung vorgeben.

→ „Ich würde mir wünschen, stattdessen das Miteinander, das Menschliche mehr in den Fokus zu rücken. Auch und gerade im Zeitalter des Internets“, schreibt Prof. Dr. Roman Herzog, der ehemalige Bundespräsident und Schirmherr des DIVSI, in seinem Vorwort zur DIVSI Entscheidungs-Studie von Februar 2013.

Denkraum. Die im Rahmen der Studie befragte repräsentative Gruppe von Entscheidern der Wirtschaft verstand sich nämlich ausschließlich als Akteure, Treiber und Innovatoren der geschäftlichen Verwertung des digitalen Fortschritts. Die Ergebnisse dieser DIVSI Studie in Verbindung mit der Mahnung von Roman Herzog boten vorzüglichen Anlass, mit der hier besprochenen Studie folgender Fragestellung nachzugehen: Sind die Entscheider der Wirtschaft intellektuell dermaßen in der ökonomischen Verwertungslogik gefangen, dass ihnen kein Denkraum mehr zur Verfügung steht, über das Menschliche und die damit verbundenen moralischen Werte jenseits der Wertmuster des Marktes im Zusammenhang mit dem Internet zu reflektieren, ohne sich an irgendwelchen sogenannten „non-financial indicators“ festzuhalten.

Im Verlauf des Jahres 2013 führte der Verfasser auf dieser Grundlage 25 intensive Dialoge mit Vorständen und

Den befragten Wirtschaftsführern ist bewusst, dass sich das digitale Weltalter noch in einem frühkindlichen Stadium befindet.



Wissensarbeiter.
Das Internet macht diese Entwicklung möglich.

Geschäftsführern von Wirtschaftsunternehmen. Neun der Teilnehmer waren Frauen. Die Branchenschwerpunkte: Gesundheitswirtschaft, Internet-Industrie sowie Banken und Finanzdienstleistungen. Die mit Absicht gewählte Bandbreite des Alters der Teilnehmer lag zwischen 30 und 65.

Ermutigende Tendenz. Die Ergebnisse der Dialoge sind natürlich nicht repräsentativ. Sozialvermessung war allerdings von vornherein nicht beabsichtigt, hätte auch bei dieser Thematik zu einer unzulässigen Komplexreduktion geführt. In jedem Fall lässt sich eine Tendenz ableiten, die in dreierlei Hinsicht ermutigend ist:

- **Das konstruktive, pragmatisch-realistische Verständnis der teilnehmenden Führungskräfte** hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen des Internets, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Der Kreis versteht das Internet als eine „technische Errungenschaft“, als „Tool“, als ein „Werkzeug“, also als „Ergebnis eines kreativen Arbeitsprozesses“.

- **Beinahe alle Teilnehmer der Gesprächsreihe definieren ihre gesellschaftliche Verantwortung als Manager** in Zusammenhang mit dem Internet – verständlicherweise zunächst bezogen auf die wirtschaftlichen Ergebnisse ihres Unternehmens, gleichzeitig aber auch in Bezug auf die Folgen der Nutzung des Internets für den Einzelnen und für die Gesellschaft sowie hinsichtlich ihrer Werte vermittelnden Führungsaufgaben. Dieses sowohl hinsichtlich der „kleinen“ Dinge des Alltags im Unternehmen als auch in Bezug zu gesellschaftlichen Problemen größerer Tragweite.
- **Es ist den Teilnehmern bewusst, dass sich das digitale Weltalter noch in einem „frühkindlichen“ Stadium befindet** und dass zurzeit vor allem Fragen aufkommen, weniger Antworten. Viel mehr käme es jetzt darauf an, Probleme und Konfliktlagen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und die durch das Internet verschärft werden, zu identifizieren und mit offenem Visier besprechbar zu machen.

Eines dieser Spannungsfelder sahen die Teilnehmer in dem durch die Digitalisierung beschleunigten Wandel der Berufsstruktur unserer Gesellschaft, und zwar insbesondere in der wachsenden Bedeutung des spezialisierten Wissensarbeiters als vorherrschender Berufstypus. Dieses sowohl unter positiven Aspekten: „Ich glaube tatsächlich, dass wir in Zukunft eine Arbeitswelt mit sehr vielen Spezialisten haben werden. Selbst denkende Menschen, die sich selbst organisieren und verwalten. Das Internet macht diese unglaubliche Individualität möglich.“



Ehrung. Jaron Lanier fordert einen neuen Humanismus ein.

Selten ein Miteinander. Aber auch hinsichtlich problematischer Folgen für den Einzelnen: „Es ist teilweise schon beängstigend, wie sich diese Ausbildung sozusagen eingengt, verschult hat mit dem Ergebnis technisch hervorragend ausgebildeter Leute, aber eben unglaublich eingengt.“

Und in letzter Konsequenz für die Gesellschaft: „Es ist ja heute schon so, dass sich Lehrer mit Lehrern und Wirtschaftsleute mit Wirtschaftsleuten treffen. Diese Abschottungsprozesse gesellschaftlicher Gruppen werden sich weiter vertiefen. Milieübergreifendes Miteinander wird damit immer seltener.“

Ein Konfliktfeld aber, das die Struktur unserer Gesellschaft mitbringt und das durch das Internet sichtbarer und da-

mit verschärft wird, stand bei den meisten Teilnehmern in besonderem Fokus. „Letztendlich honoriert ein Unternehmen Leistung und Ergebnis – das drückt bei einem Aktienunternehmen das kontinuierliche Wachstum der Ebit-Marge aus. Das wird honoriert, zunächst einmal egal wie. Das ‚Andere‘, sagt man, wird sich dann schon entwickeln, das machen wir in einem zweiten Schritt. Doch bevor dieser Schritt getan wird, liegt der Schaden schon vor. Und das führt leider dazu, dass teilweise gute Dinge, zum Beispiel auf der Nachhaltigkeitsebene, als Propaganda oder Marketing gesehen werden, als nicht verankert im System, da einzelne Handlungen dem diametral widersprechen.“

Das Internet hat uns gezeigt, dass diese Widersprüche, wenn wir sie un-

besprochen vor uns herschieben, plötzlich in eine Größe geraten, die fast nicht mehr beherrschbar wird.“ Die Herausforderung an den Manager, die hieraus resultiert, ist offensichtlich: Es geht nicht nur um erhöhte Anforderungen an Kommunikation und Kritikfähigkeit, sondern um eine neue Dimension von Kommunikation und Kritikfähigkeit des (Wirtschafts-)Managers.

Theorie und Praxis. Die Zahl gewichtiger Stimmen, die wie Roman Herzog auffordern, das Menschliche gerade in der digitalen Welt in den Fokus zu rücken, hat in letzter Zeit deutlich zugenommen. Jüngstes Beispiel ist der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Jaron Lanier, Schriftsteller und Internet-Unternehmer, der in seiner Rede einen neuen Humanismus einfordert. Es tut sich also was zum Thema Leadership in der digitalen Welt. Deswegen gegenwärtiger Status lässt sich am besten mit folgenden Worten des Philosophen Jürgen Mittelstraß umschreiben: „Die Theorie ist da, Bewusstsein und Praxis tun sich noch schwer!“



Peter Paschek ist einer der Geschäftsführenden Gesellschafter der Delta Management Consultants GmbH, Berlin.

NEWS

Große Übung zur Cyber-Sicherheit

Hamburg – Bericht über gewonnene Erkenntnisse folgt Anfang 2015.



Experten. Simulation für den Ernstfall.

Wie gut ist Europa auf Cyber-Angriffe vorbereitet? Zur Klärung dieser Frage trafen sich jetzt über 200 Organisationen und 400 Cyber-Sicherheitsexperten aus 29 europäischen Ländern zur Übung im Bereich Cyber-Sicherheit. Bei „Cyber Europe 2014“ wurden Cyber-Angriffe simuliert und damit die Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr im Netz geprüft.

Die Übung besteht insgesamt aus drei Abschnitten. Zurzeit läuft Phase zwei. Hier stehen

Punkte wie Warnung, Krisenbewertung oder taktische Analyse sowie Beratung und Informationsaustausch auf operativer Ebene im Mittelpunkt.

Zu Beginn stand die technische Phase. Abgeschlossen wird die Übung mit einer strategischen Phase, in der Entscheidungsprozesse, politische Auswirkungen und Öffentlichkeitsaspekte im Fokus stehen. Ein umfassender Bericht über alle gewonnenen Erkenntnisse soll Anfang 2015 veröffentlicht werden.

Organisiert wird die Cyber Europe alle zwei Jahre von der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA).

Der Trend ist eindeutig: Immer mehr Städte wollen sich zu einer smarten Stadt entwickeln. Sie hoffen, durch vernetzte Informations- und Kommunikationstechnologie künftige Herausforderungen besser bewältigen zu können. Dazu gehören die Chancen und Probleme, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, ebenso wie die Erfüllung der Forderungen nach ökologischer und finanzieller Nachhaltigkeit. Darüber hinaus steht der Wandel des bürgerschaftlichen Partizipationsverhaltens genauso auf der Tagesordnung wie der Erhalt oder der Ausbau der Standortfähigkeit angesichts des schärfer werdenden internationalen Wettbewerbs.

Das politisch-strategische Innovationsprogramm für eine smarte Stadt sollte aus den – heute immer noch nicht vollständig beseitigten – Fehlentwicklungen der Frühgeschichte des E-Government lernen. In erster Linie gilt es, keinen digitalen Flickenteppich von Einzellösungen entstehen zu lassen. Erforderlich ist ein ganzheitliches multidimensionales Konzept, das alle oder wesentliche Handlungsfelder einbezieht und auf diese

Die Smarte Stadt

Auf der Suche nach einem ganzheitlichen multidimensionalen Konzept.

Willi Kaczorowski



E-Learning.
Das Angebot auf diesem Sektor muss ausgebaut werden.

E-Gov.
Mehr Transparenz zwischen Verwaltung und Bürger ist notwendig.





Foto: cozylal/Eddy Galeotti/Ermolaev Alexander/gyn9037/ML Levi - Shutterstock

Himmelsstürmer.
Immer höher, immer größer. Geht natürlich. Smarte Stadt bedeutet aber mehr.

Weise Synergieeffekte beim Einsatz und der Vernetzung der einzelnen Bausteine produziert.

Diese Handlungsfelder und ihr Bezug zu den politischen Herausforderungen für Städte sowie die technologischen Megatrends sind:

- Im Handlungsbereich **„Smarte Verwaltung und Politik“** stehen zunächst das E-Government der nächsten Generation mit Multikanal-Zugängen zu E-Government Services und die Erweiterung dieser Angebote im Mittelpunkt. Außerdem soll für Bürger und Unternehmen mehr Transparenz, Offenheit und Beteiligung im Verwaltungshandeln und im politischen Prozess erzeugt werden.
- Der Handlungsbereich **„Smarte Bildung“** beschäftigt sich mit der Vernetzung aller Einrichtungen, die Bestandteil der offiziellen Bildungskette sind. Diese reicht von der frühkindlichen Erziehung bis hin zur beruflichen und freizeitlichen Erwachsenenbildung. Ebenso gehören die Maßnahmen zur Bekämpfung der digitalen Spaltung oder des Ausbaus des E-Learning-Angebotes dazu.

- Der dritte Handlungsbereich wird mit **„Smarte Wertschöpfung“** umschrieben. Hierfür müssen die infrastrukturellen technologischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit in einer smarten Stadt Wohlstand und Wachstum für Bürger und Unternehmen gefördert werden. Schließlich sind Menschen vor allem dann smart, wenn sie kreativ sind. Deshalb müssen smarte Städte die Kreativität der Stadtbewohner fördern.
- **„Smarte Mobilität“** stellt den vierten Handlungsbereich dar. In diese Kategorie gehören die Integration der Verkehrsträger, die Zukunft des automobilen Fahrens sowie der Ausbau des Rad- und Fußgängerverkehrs ebenso wie die Kapazitätserweiterung bestehender Infrastrukturen durch bessere Nutzung von Technologie.
- Im fünften Handlungsbereich steht **„Smarte Gesundheit/Pflege“** im Fokus. Bausteine dafür sind eine bessere Vernetzung der Akteure im Gesundheitswesen, die Sicherung eines eigenständigen Lebens zu Hause, die Zukunft des Gesundheitswesens im ländlichen Raum sowie Krankenhäuser- und Pflegeheime der nächsten Generation. →



Gesundheit und Pflege.
 Erforderlich ist eine Vernetzung der Akteure.

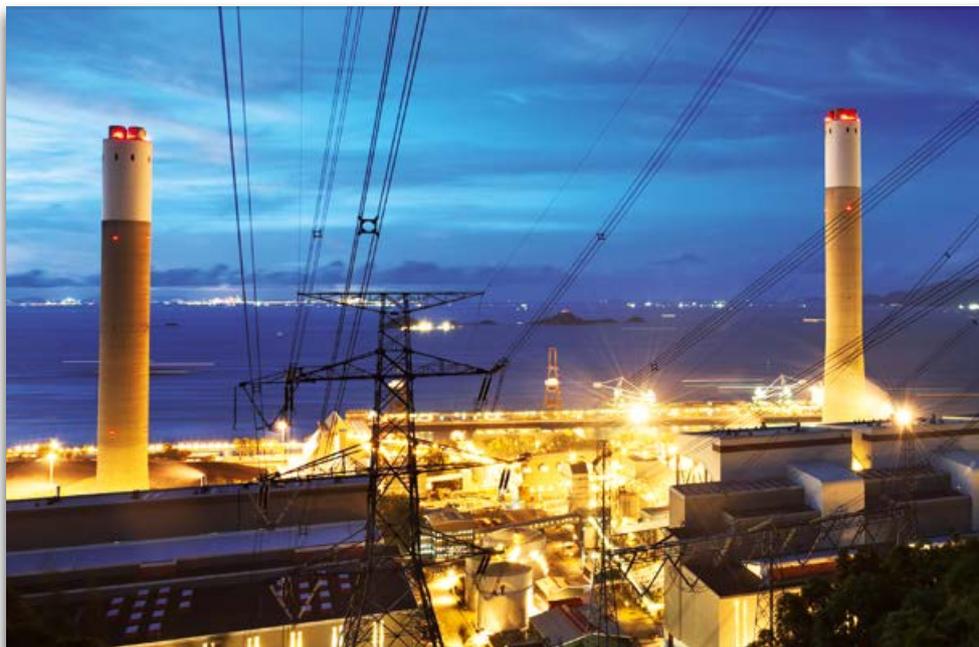


Smarte Mobilität.
 Bessere Technik sorgt für besseren Verkehrsfluss.

- Schließlich gehören zum sechsten Handlungsbereich „**Smarte Energie und Umwelt**“ vor allem die künftige Energieerzeugung und -verteilung sowie das Energiemanagement in klimaneutralen Städten. Ebenso umfasst er die Chance einer umweltbezogenen Verhaltensänderung auf der Grundlage einer wesentlichen größeren Transparenz über Umweltauswirkungen.

Sieben technologische Großtrends der nächsten Jahre werden die smarte Stadt prägen: die umfassende Verfügbarkeit von freiem schnellem WLAN, die systematische Nutzung sozialer Netzwerke und des Cloud Computing, Mobile Government, Big Data und der Einsatz von Sensoren und anderen intelligenten Messgeräten im Rahmen des Internets der Dinge sowie eine umfassende IT-Sicherheit bei der Nutzung intelligenter Netzwerke und Anwendungen.

Wichtigste technologische Vorbedingung ist jedoch ein superschnelles Breitband, das möglichst auf Glasfaserkabel beruht. Neben der Breitbandinfrastruktur sind auch Initiativen erforderlich, die die Nutzung dieser Angebote für alle möglich machen und so die digitale Spaltung der Gesellschaft verhindern. Besonders im ländlichen Raum sind deswegen Unterstützungsangebote aufzubauen.



Energie-Infrastruktur. Die smarte Stadt kümmert sich auch um eine umweltbezogene Verhaltensänderung.

In der smarten Stadt soll die Lebens-, Aufenthalts- und Arbeitsqualität erheblich verbessert werden. Das Konzept, das in seinem technologischen Ansatz auf integrierten vernetzten Plattformen und Echtzeitdatenanalysen und sich darauf beziehenden Vorhersagen beruht, hat jedoch auch ein janusköpfiges Gesicht. Es

ruft eine Reihe von Fragen hinsichtlich der Datensicherheit, des Datenschutzes sowie der Angreifbarkeit der Systeme hervor. Beispiele dafür sind:

- Beim **Smart Metering** werden meistens in 15-Minuten-Abständen Elektroverbrauchsdaten erfasst, analysiert

NEWS

Nächster Schwerpunkt heißt „d!conomy“

Hannover – CeBIT 2015 will einer neuen Entwicklung Rechnung tragen.

Das Topthema der CeBIT 2015 ist „d!conomy“. Oliver Frese, Vorstand der Deutschen Messe AG, dazu in Hannover: „Die allgegenwärtige Digitalisierung prägt das berufliche und gesellschaftliche Umfeld immer umfassender. Die IT ermöglicht eine grundlegende Veränderung bestehender Geschäftsmodelle bei gleichzeitigem Entstehen völlig neuer Business-Modelle. Die IT ist heute in der Lage, mit großer Dynamik ganze Branchen umzuwälzen. d!conomy trägt dieser

Entwicklung Rechnung.“ Die CeBIT 2015 ist geplant für den 16. bis 20. März.

Nach Ansicht von Frese sei erkennbar, dass sich die Trend-Technologien der IT-Branche aus den vergangenen Jahren – Big Data, Cloud Computing, Mobile, Social und Security – nun miteinander verzahnen: „In der Kombination steckt die Kraft grundlegender Innovationen.“ Es könne bereits vom Beginn einer neuen – der digitalen – Ära der Industrie gesprochen werden.

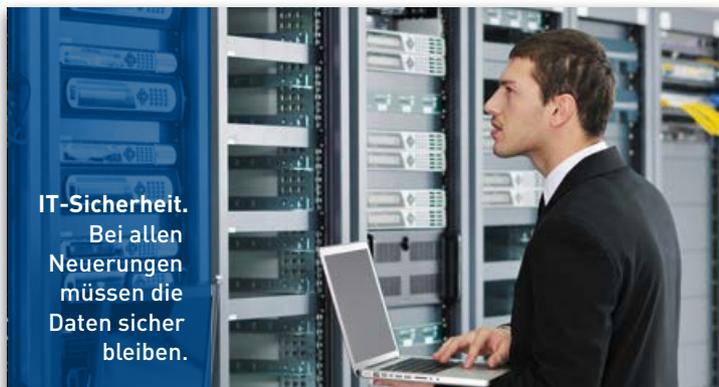


Blick voraus. Oliver Frese stellte die Pläne für die CeBIT vor.

In allen Wirtschaftszweigen sei erkennbar, dass digitale Technologien die Entwicklung von Geschäftsmodellen, Fertigungsprozessen und Produkten immer stärker vorantreiben. 



ÖPNV.
Wie gefährlich ist es, Nutzerdaten zu erfassen?



IT-Sicherheit.
Bei allen Neuerungen müssen die Daten sicher bleiben.

und weitergegeben. Kritiker befürchten, dass so wesentliche Stationen des Tagesablaufs gespeichert und ausgewertet werden.

- Beim **Smart Parking** muss in Echtzeit der aktuelle Standort des Autos erfasst werden, so dass der Pkw auf den nächsten freien Parkplatz gelotst werden kann. Da das Management von Angebot und Nachfrage weitgehend über mobile Endgeräte erfolgen wird, entstehen Verlaufs- und Verortungsdaten. Das Bezahlen des Tickets über das Smartphone oder an Terminals hinterlässt weitere Transaktionsspuren.
- Auch bei einer tiefer gehenden **Integration der Verkehrsträger** des Individualverkehrs bzw. des ÖPNV können detaillierte Nutzungsdaten erfasst

werden, sodass ein Bewegungsprofil des Bürgers erstellt werden kann.

- Spätestens beim **selbst fahrenden Fahrzeug** wird die Angreifbarkeit der Systeme ein zentrales Problem, falls Hacker die Algorithmen der Software manipulieren.
- **Städtische Infrastrukturen** sind kritische Infrastrukturen. Bisher werden Energie-, Wasser- oder Verkehrsinfrastrukturen voneinander isoliert gemanagt. Wenn diese nun alle von einer gemeinsamen internetgestützten Plattform gesteuert werden und darüber hinaus die einzelnen Elemente noch interdependent sind, lassen sich leicht Bedrohungsszenarien entwickeln, die eine Stadt lahmlegen können.

Die smarte Stadt ist kein technologisches Elitenkonzept. Sie wird nur zusammen mit den Akteuren der Bürgergesellschaft verwirklicht. Ängste und Bedenken der Kritiker sollten ernst genommen und in den Entwicklungsprozess eingespielt werden. Innovative Bürgermeister, die in einem transparenten Prozess die smarte Stadt entwickeln wollen, spielen im politisch-strategischen Innovationsprozess eine tragende Rolle. □



Willi Kaczorowski
ist Strategieberater für digitale Verwaltung und Politik.

NEWS

Mangel an IT-Experten weiter gestiegen

Berlin – Branchenverband warnt: Innovationskraft könnte verloren gehen.

In Deutschland werden aktuell rund 41 000 IT-Spezialisten gesucht. Damit sei die Zahl der offenen Stellen im Vergleich zum Vorjahr um rund fünf Prozent gestiegen, teilte der IT-Branchenverband Bitkom jetzt in Berlin mit. Für die Studie wurden mehr als 1 500 Geschäftsführer und Personalverantwortliche von Unternehmen aller Branchen befragt.

Mehr als jedes zweite ITK-Unternehmen (54 Prozent) habe angegeben, dass aktuell ein Mangel an IT-Spezialisten



Wanted! Wo sind die IT-Spezialisten?
BITKOM sieht in ihrem Fehlen eine Gefahr.

herrsche. 42 Prozent erwarteten sogar, dass sich der Fachkräftemangel in Zukunft weiter verschärfen werde. „Wenn nicht genügend Fachkräfte vorhanden

sind, besteht die Gefahr, dass Arbeit ins Ausland verlagert wird. Das bedeutet aber auch, dass Innovationskraft verloren geht“, sagte Bitkom-Präsident Dieter Kempf.

Die meisten unbesetzten Stellen in der ITK-Branche finden sich laut Studie bei den Anbietern von Software und IT-Dienstleistungen mit über 14 000 offenen Positionen. Fast drei Viertel der ITK-Unternehmen (71 Prozent), die aktuell freie Stellen haben, benötigen Softwareentwickler. Bei ihnen sind vor allem Fähigkeiten rund um Cloud Computing (53 Prozent der Fälle) und Big Data (44 Prozent) gefragt. □

Digitale Realpolitik für die Cloud-Gesellschaft – Teil 1 des Beitrags veröffentlichten wir im letzten Magazin. Heute ergänzt der Autor seine Gedanken um drei Punkte.

Digitale Souveränität. Souveränität ist immer „organisierte Heuchelei“ wie Stephen Krasner in „Sovereignty: Organized Hypocrisy“ (1996) wortgewaltig argumentiert, aber genau deshalb ist es eins der mächtigsten Konzepte, das unser Handeln informiert und leitet.

Abstrakt gesprochen versteht man unter Souveränität die Fähigkeit einer natürlichen oder juristischen Person zur Selbstbestimmung. Geprägt ist das Konzept vom Eigentumskonzept im römischen Privatrecht und von einer territorialen Linse, durch die wir es sehen. Als normatives Konzept gibt es uns einen Rahmen, gegen den wir die Realität prüfen können, nicht aber eine realistische Perspektive auf unsere Realität. Digitale Souveränität umfasst also unsere Fähigkeit, selbstbestimmt im Netz zu agieren, und das ist erst einmal nichtterritorial.

Trotzdem ist, wenn wir nach digitaler Souveränität fragen, unser Denken überlagert von Vorstellungen aus dem Mittelalter, von Burggräben und Einfallstoren. Diese Metaphern sind an sich nicht falsch, können aber nur bis zu einem gewissen Grad handlungsleitend sein. Intelligente IT-Sicherheitspolitik bleibt nicht bei diesen nationalistischen Bildern stehen, sondern fängt da erst an zu fragen. Ein hämischer Blick auf die NSA, wo ein Mitarbeiter Geheimes ohne Probleme aus dem Burgfried der NSA mitnehmen konnte, erhöht nur unseren globalen Zynismus, nicht unsere Sicherheit. Wenn wir allerdings akzeptieren, dass Sicherheit

Sicherheit immer in Relation zum Aufwand sehen

TEIL 2 Technische, rechtliche und kulturelle Fragestellungen müssen geklärt und optimiert werden.

Dr. Philipp Müller

nicht durch das Bild mittelalterlicher Burggräben geleitet werden sollte, dann müssen wir fragen, wovon dann? Und was können wir tun?

Kompetenzaufbau. Es geht uns ja um die Sicherheit und das Vertrauen unserer Organisationen, ob privatwirtschaftlich, öffentlich-rechtlich oder gesellschaftlich strukturiert. Und das kann nie absolut gesehen werden. Sicherheit ist immer in Relation zum Aufwand zu sehen: Wie viel Sicherheit brauche ich für welche Prozesse und Daten? Es bedarf also einer Kategorisierung und Festlegung von Schutzbedarfen. Ziel einer solchen Schutzbedarfsfeststellung ist es, zu ermitteln, welcher Schutz für die Informationen und die eingesetzte Informationstechnik ausreichend und angemessen ist. Organisationen bestehen aus technischen Architekturen (Gebäuden, Maschinen, IT-unterstützten Prozessen, Kommunikationstechnologien), Regeln und Normen (Gesetzen, Verordnungen, Vorschriften etc.) und Kulturen (implizite und explizite Verhaltenskodizes). Organisationen definieren sich durch Prozesse, die Wertschöpfung gene-

rieren. Organisationelle Sicherheit in der Cloud-Gesellschaft kann also nur im Zusammenspiel dieser harten und weichen Faktoren generiert werden, von materieller Sicherheit, IT-Sicherheit und personeller Sicherheit.

Es geht also um technische, rechtliche und kulturelle Fragestellungen. In den meisten Organisationen sind diese in einzelne Disziplinen ausdifferenziert (bspw. Gebäudeschutz, Prozess-Architektur, IT-Sicherheit, Geheimschutz, Datenschutz, Vertragsgestaltung, Risiko-Management etc.), und das Zusammenspiel zwischen diesen Bereichen ist oft noch nicht optimiert. Wir müssen in allen Organisationen Querschnittsfunktionen einführen, die das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Disziplinen orchestrieren und damit einen multidisziplinären Kompetenzaufbau vorantreiben. Sicherheit ist aber nicht allein eine Fragestellung einer Organisation, sondern wird über das Zusammenspiel zwischen Organisationen gewährleistet, denn unsere Welt ist vernetzt geworden.

Ein Kernprinzip des IT-Sicherheitsdenkens ist, dass sich Angreifer

fer natürlich immer das schwächste Glied in der Kette suchen werden. Deshalb ist die Realisierung eines Gesamtüberblicks über die Sicherheit der vernetzten Wertschöpfungskette einer Organisation (oder eines Staates) in der Cloud-Gesellschaft von größter Bedeutung. Dabei geht es nicht (allein) um die Verschiebung von Verantwortlichkeiten (denn was nützt es, wenn ich im Falle eines Angriffs auf einen Subunternehmer zeigen kann?), sondern um die Gewährleistung der funktionalen Integrität der gesamten Wertschöpfungskette meiner Organisation, sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen.

Wir müssen weg vom Burggraben und hin zum Denken in vernetzten Wertschöpfungsketten bzw. in -flüssen. Diese können gesichert werden, indem wir multidisziplinäre Kompetenz aufbauen und mehrschichtig über Sicherheit nachdenken. Ein Schichtmodell hilft uns, dieses Zusammenspiel zwischen unterschiedlichen Abstraktionsniveaus und zwischen den unterschiedlichen Disziplinen zu visualisieren. Kurz angerissen geht es um Folgendes:

Wir brauchen (a) gehärtete Infrastrukturen und eine von uns kontrollierte Verschlüsselung aller relevanten Daten, (b) klassische Abwehrmechanismen wie Firewalls und Intrusion Detection. Darüber müssen wir (c) eine Auswertung aller Datenflüsse in Echtzeit legen, um Irregularitäten zu erkennen, und wir müssen (d) im Austausch mit anderen vertrauenswürdigen Partnern Sicherheit gewährleisten. Sicherheit kann nur im Zusammenspiel zwischen den Disziplinen und zwischen Organisationen, die sich mit technologischen Fragestellungen (Prozess-Architektur und Kommunikationssysteme), rechtlichen

(Datenschutz, Geheimschutz und Vertragsgestaltung) und kulturellen (Kommunikation, Marketing) Fragestellungen beschäftigen, gewährleistet werden.

Transatlantischer Diskurs. Auf ein höheres Niveau heben. Nur wenn es uns gelingt, uns von dem territorialen Verständnis von Sicherheit und ihren nationalistischen Politiken zu lösen, wenn wir die multidisziplinäre Kompetenz für Sicherheitspolitik in unseren Organisationen entwickeln, wenn wir Sicherheit als eine Aufgabe betrachten, im Zuge derer wir klar definierte Schutzbedarfe mit mehrschichtigen Sicherheitsmaßnahmen angehen, können wir Sicherheit in der Cloud-Gesellschaft gewährleisten. Das Thema ist zu

wichtig, als dass wir es kurzfristigen politischen Interessen unterordnen sollten. Sonst besteht die Gefahr von nichtintendierten Konsequenzen von großer Tragweite. Und wir brauchen nur einen Blick zurück auf 1914, um zu verstehen, wie brutal diese sein können. Wir sollten versuchen, diese einfachen, aber realistischen Gedanken in den Diskurs einzubringen, und auch wieder mehr Gespräch mit unseren transatlantischen Partnern suchen. □



Dr. Philipp S. Müller ist Public Affairs Director for Central and Eastern Europe bei CSC und lehrt an der Business School der Universität Salzburg, der Sciences Po, Paris und der Harvard Kennedy School.



Neues Denken. Für zukünftige Sicherheit müssen wir eine multidisziplinäre Kompetenz in unseren Organisationen entwickeln.

„Your Net – DIVSI Convention 2015“

Im Juni: Bundesweiter Jugendkongress zur Zukunft der digitalen Welt.

Afia Asafu-Adjei

Diesen Termin sollten sich alle jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren dick anstreichen, die sich für die digitale Gesellschaft und die Entwicklung des Internets interessieren, die sie mitgestalten und ihre Sichtweise formulieren wollen: Freitag, 19. Juni 2015 in Hamburg. Save the date!

Unter dem Titel „Your Net – DIVSI Convention 2015“ werden sich 500 Jugendliche und junge Erwachsene in diversen Foren zu Fragen, Problemen und Chancen des Netzes austauschen. Auftakt der Veranstaltung ist bereits am Vorabend mit einem zwanglosen Get-together.

Lebensgefühl „Always on“. Joanna Schmözl, stellvertretende Direktorin des DIVSI und Ansprechpartnerin für die Veranstaltung: „Durch unsere U25-Studie – ‚Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt‘ – wissen wir, dass die nachwachsende Generation heute schon deutlich digitalisierter lebt als andere Teile der Bevölkerung. ‚Always-on‘ ist für sie ein natürlicher Zustand, ein Lebensgefühl. Offline zu sein hingegen ist eine echte Notsituation. Die so selbstverständlich online lebenden jungen Menschen von heute werden die Welt von morgen wesentlich mitgestalten. Doch momentan wird eher über sie als mit ihnen geredet.“

Das soll sich jetzt durch die DIVSI Convention 2015 ändern. Joanna Schmözl: „Wir wollen Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Plattform für Vernetzung bieten, zum Dialog mit relevanten Akteuren der digitalen Gesellschaft einladen und eine Vertiefung inhaltlicher Interessen rund um die digitale Zukunft ermöglichen.“

Die Veranstaltung mit Event-Charakter wird anspruchsvolle Inhalte mit einem attraktiven Rahmenprogramm verbinden. Die Diskussionsziele von „Your Net“ sind klar definiert:

Wie leben junge Menschen jetzt, und wie sehen sie ihre persönliche Zukunft in einer digitalen Welt? Wie möchten sie leben? Schmözl: „Der Kongress wird ihre Kompetenzen als Ressource für die Zukunft des Internets deutlich machen. Ihre Sichtweisen werden in die Fachdiskussion und in die Öffentlichkeit getragen. Wir regen so einen Dialog der Generationen an.“

Die wesentlichen Themen orientieren sich an der DIVSI U25-Studie. Die Details werden im Vorfeld mit Beteiligung von Vertretern der Zielgruppe ausgewählt. Zum Themenspektrum gehören u.a. Vertrauen und Sicherheit im Internet, Privatsphäre und Darstellung der eigenen Person im Internet, Urheberrecht, Nutzung kultureller Güter und technische Fragen. Joanna Schmözl: „Statt mit erhobenem Zeigefinger sollen die

Themen positiv besetzt werden. Es werden vor allem die vielfältigen Chancen, die das Internet bietet, im Vordergrund stehen. Das Internet als erweiterter Lebensraum, als Ort für Partizipation, gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Kreativität.“

Workshops für mehr Wissen. Neben den Jugendlichen können auch Begleiter mit von der Partie sein. Doch im Fokus des Kongresses werden die jungen Menschen stehen. In einer Reihe von Workshops bietet sich ihnen die Möglichkeit, mit anerkannten Experten zu diskutieren, von ihnen zu lernen und neue Ideen zu entwickeln.

„Your Net – DIVSI Convention 2015“ ist eine Veranstaltung des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet. Der Kongress wird im Auftrag des DIVSI organisiert durch PUBLIC WORK Düsseldorf und die SINUS:akademie Heidelberg. Über Details zur Anmeldung, Unterbringung und Anreise sowie die präzisen terminlichen Abläufe wird demnächst auch im Internet (www.divsi.de) ausführlich informiert. 



Afia Asafu-Adjei
studierte Rechtswissenschaft und Verwaltungswissenschaften. Sie ist Projektleiterin bei DIVSI.

Ziel Hamburg.
Junge Menschen,
das Netz, die
digitale Zukunft:
Vorfreude auf den
Jugendkongress.



Aktuelle Bücher

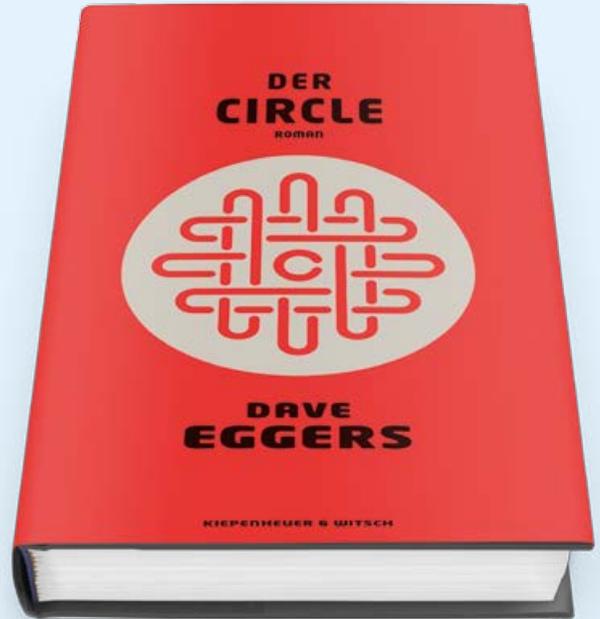
Der Circle

Das ›1984‹ fürs Internetzeitalter

Dave Eggers

Ein hochspannender Roman über die Abgründe des gegenwärtigen Vernetzungswahns, über eine bestürzend nahe Zukunft. Dieser Thriller lässt uns neu über die Bedeutung von Privatsphäre, Demokratie und Öffentlichkeit nachdenken. Und er lässt den Wunsch aufkommen, die Welt und das Netz mögen uns bitte manchmal vergessen. Zum Inhalt: Eine junge Frau wird zur Vorzeigemitarbeiterin beim Internetkonzern „Circle“. Sie treibt den Wahn, alles müsse transparent sein, auf die Spitze. Doch eine Begegnung mit einem mysteriösen Kollegen ändert alles ...

Kiepenheuer & Witsch, ISBN: 978-3-462-04675-5; 22,99 €



Zero to one

Wie Innovation unsere Gesellschaft rettet

Peter Thiel mit Blake Masters

Ein Buch für Gründer, entstanden aus einem Seminar, das der Autor an der Stanford University gehalten hat. Der Student Blake Masters schrieb damals mit. Mit weiterer Verbreitung überarbeitete Thiel das Skript. Die Botschaft: Globalisierung ist kein Fortschritt, Konkurrenz ist schädlich, und nur Monopole sind nachhaltig erfolgreich.

Campus Verlag, ISBN 978-3-593-50160-4; 22,99 €



Sie wissen alles

Wie intelligente Maschinen in unser Leben eindringen ...

Yvonne Hofstetter

Die Autorin, Expertin für künstliche Intelligenz, klärt auf: Die Datenmassen, die sekundlich abgeschöpft werden und durchs Netz fluten, sind allein noch kein Risiko. Die Gefahr für die freie Gesellschaft geht von intelligenten Algorithmen aus.

C. Bertelsmann Verlag, ISBN: 978-3-570-10216-9; 19,99 €



Sie kennen dich! Sie haben dich! Sie steuern dich!

Die wahre Macht der Datensammler

Markus Morgenroth

Datenspionage gegen Angestellte ist Praxis in Unternehmen. Background-Checks bestimmen über Wohnung, Kredit, Job. Ein deutscher Datenanalytiker deckt das Ausmaß der Überwachung und des Datenmissbrauchs auf und zeigt, wie wir uns – halbwegs – schützen können.

Droemer, ISBN: 978-3-426-27646-4; 19,99 €



Freiheitsindex Deutschland 2014

Ulrike Ackermann (Hg.)

Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? Diese Frage versucht der Bericht des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung zu beantworten. In diesem Jahr ging es vor allem darum, wie sich das Freiheitsverständnis im Zuge der digitalen Revolution verändert: Welche Haltung haben die Deutschen zur Balance zwischen Freiheit und Sicherheit im Internet?

Humanities online, ISBN: 978-3-941743-45-8; 19,80 €

DIVSI Veröffentlichungen

Studien

Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, 2012

Meinungsführer-Studie: Wer gestaltet das Internet?, 2012

Entscheider-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, 2013

Freiheit versus Regulierung im Internet, 2013

U25-Studie – Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der digitalen Welt, 2014

DIVSI Studie zu Bereichen und Formen der Beteiligung im Internet, 2014

Braucht Deutschland einen Digitalen Kodex? – Verantwortung, Plattformen und soziale Normen im Internet, 2014

DIVSI Studie – Wissenswertes über den Umgang mit Smartphones, 2014

DIVSI Studie – Daten – Ware und Währung, 2014

Reden

Roman Herzog: Internet und Menschenwürde, 2013

Olaf Scholz: Braucht das Internet Vertrauen?, 2013

Diskussionsbeiträge

Dominic Völz, Timm Christian Janda: Thesen zur Netzpolitik – Ein Überblick, 2013

Christina Heckersbruch, Ayten Öksüz, Nicolai Walter, Jörg Becker,

Guido Hertel: Vertrauen und Risiko in einer digitalen Welt, 2013

Göttrik Wewer: Digitale Agenda 2013 – 2017 – Netzpolitik im neuen Deutschen Bundestag, 2013

Miriam Meckel, Christian Fieseler, Jan Gerlach: Der Diskurs zur Netzneutralität, 2013

Timm Christian Janda, Dominic Völz: Netzpolitik in Deutschland –

Wahlprogramme, Koalitionsvereinbarung, Regierungserklärung, 2014

Manuel Schubert: Vertrauensmessung in der digitalen Welt – Überblick und Aussicht, 2014